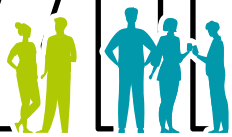


WIR



*Magazin der Jungen Bürgermeister*innen*

KOMMUNALEN

3/25



Amt. Kind. Beides.

Vereinbarkeit zwischen Anspruch, Alltag und Verantwortung



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

MIT NACHHALTIGEM STROM IN DIE ZUKUNFT



So wie die Sonne die Quelle allen Lebens ist, bildet Elektrizität heute die Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens und die Basis einer florierenden Wirtschaft. Um dauerhaft und nachhaltig Strom zu erzeugen, setzen wir auf erneuerbare Energien aus der Kraft von Wind und Sonne.

Bei ALTUS investieren wir jede Minute unserer Arbeitszeit in eine nachhaltige Energieversorgung. Unser gemeinsames Ziel ist es, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen und die Energieerzeugung in Deutschland dauerhaft klimafreundlicher zu gestalten.

Dafür geben unsere über 80 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen jeden Tag 100% Leistung für 100% erneuerbare Energie aus Windkraft und Photovoltaik.

Ihre Ansprechpartner:

Marco Eggensperger
Geschäftsführer
info@altus-re.de
Telefon: +49 721 6269060



Thorsten Wehner
Politische Kommunikation & Strategie
t.wehner@altus-re.de
Mobil: +49 160 7850260



ALTUS renewables GmbH
www.altus-re.de

Amt und Familie – kein Widerspruch

Wer in seiner Kommune Verantwortung trägt, weiß, wie viel Kraft es kostet, die Gemeinde handlungsfähig zu halten, Zukunftsthemen voranzubringen und gleichzeitig den Alltag zu meistern. Doch dabei dürfen wir eine ganz persönliche Dimension nicht übersehen: Wie vereinbaren wir eigentlich Amt und Familie?

Ausgangspunkt für dieses Heft war eine Diskussion in unserer WhatsApp-Gruppe. Eine junge Frau überlegte, im kommenden Jahr als Bürgermeisterin zu kandidieren. Ihre Frage: Lässt sich das mit einer Familiengründung verbinden? Schnell war klar: Diese Frage betrifft uns alle. Denn egal ob wir Kinder haben, sie einmal wollen oder nicht – die Rahmenbedingungen unseres Amtes stellen alle vor dieselben Vereinbarkeitsprobleme.

Wer morgens das Haus verlässt, bevor die Kinder wach sind, und heimkommt, wenn sie schon wieder schlafen, kennt das nagende Gefühl: Erfolge im Amt ersetzen nicht die verpassten Momente zu Hause. Familienzeit lässt sich nicht auf Dauer verschieben. Wie sehr das Thema bewegt, zeigt nicht zuletzt, dass wir sogar unsere First Lady Elke Büdenbender für einen Beitrag gewinnen konnten.

Das Heft nähert sich der Frage aus vielen Perspektiven: Eine Befragung im Netzwerk liefert eine erste Bestandsaufnahme. Cécile Weidhofer erläutert Rahmenbedingungen und Möglichkeiten. Kolleg*innen berichten aus eigener Erfahrung, wie sie Mutterschutz, Elternzeit oder die gemeinsame Verantwortung als Bürgermeisterpaar gestalten. Und persönliche Stimmen machen deutlich, wie es sich anfühlt, wenn Kinder sagen: „Ich finde es doof, dass du Bürgermeister bist.“

Ergänzt wird das Ganze durch einen Beitrag von Bundesfamilienministerin Karin Prien, praktische Tipps einer Vereinbarkeitsmanagerin und unsere eigenen Forderungen als Netzwerk: Was muss sich ändern, damit sich politische Verantwortung und Familie nicht ausschließen? Dieses Heft ist ein Anfang. Wir wollen nicht nur zeigen, wie es ist, sondern dass Veränderung möglich und nötig ist. Denn Vereinbarkeit ist keine Randnotiz.

Darüber hinaus blicken wir in unser neues Berliner Büro bei der Stiftung Mercator, erinnern an das Bürgerfest des Bundespräsidenten und stellen euch in den Praxis-Impulsen spannende Angebote und Themen für euren Rathausalltag vor.

Viel Spaß beim Lesen!

Henning Witzel

Verbandsgeschäftsführer Netzwerk Junge Bürgermeister*innen



Foto: Liesa Johannsen-Kopplitz

Vereinbarkeit ist keine Randnotiz – sie entscheidet darüber, wer Verantwortung übernimmt und wie vielfältig und zukunftsfähig unsere Kommunalpolitik bleibt.



IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion: Henning Witzel (V.i.S.d.P.), Birgit Güll, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Anzeigen: Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK. **Layout & Satz:** ASK **Titelbild:** Steffi Haufe Hast Photodesign **Druck:** MPC – Media Print Consulting GmbH & Co. KG, Am Fohlenhof 2b, 82256 Fürstenfeldbruck **Erscheinungstermin:** 11/2025



Michael Salomo appelliert an den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Pflege demokratischer Kultur.

Ein leidenschaftlicher Appell an unsere Demokratie

Deutschland zählt zu den wirtschaftlich stärksten Ländern der Welt. Wir leben in der drittgrößten Volkswirtschaft, mit stabilen Institutionen, hoher Lebensqualität und einer langen demokratischen Tradition. Doch gerade in dieser Stärke liegt auch eine Verantwortung: Die Demokratie, die uns so viel ermöglicht, braucht Pflege.



MICHAEL SALOMO
Oberbürgermeister
der Stadt Heidenheim
und Bundesvorsitzender
des Netzwerks Junge
Bürgermeister*innen

Foto: Liesa Johannissen-Kopplitz

Viele Kommunalpolitiker*innen erleben es täglich: Der Ton in der öffentlichen Debatte wird schärfer. Respekt schwindet, Kompromissfähigkeit wird als Schwäche ausgelegt, und der eigene Standpunkt gilt oft als einzig zulässiger. Auch das Verhalten mancher Mandatsträger*innen trägt dazu bei, wenn persönliche Angriffe, Polarisierung oder parteipolitisches Kalkül den sachlichen Diskurs verdrängen. Doch gerade auf kommunaler Ebene ist das Miteinander entscheidend. Hier begegnen sich Menschen direkt. Hier wird Demokratie greifbar oder eben nicht.

Demokratie zwischen Anspruch und Wirklichkeit

In vielen Gesprächen, Kommentaren und Umfragen zeigt sich eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die Erwartungen an Politik und Verwaltung steigen, das Vertrauen sinkt. Nicht selten wird der Eindruck vermittelt, als sei alles im Niedergang begriffen. Dabei übersehen wir oft, wie gut es uns im internationalen Vergleich tatsächlich geht. Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung, sozialer Absicherung, sauberem Wasser, Strom, Meinungsfreiheit: All das ist für uns selbstverständlich geworden. So selbstverständlich, dass wir es kaum noch wahrnehmen.

Doch wer das Gute nicht mehr erkennt, verliert leicht die Fähigkeit zur Dankbarkeit und damit auch zur konstruktiven Mitgestaltung. Demokratie lebt nicht nur vom Protest, sondern auch vom Bewusstsein für das, was bereits erreicht wurde. Dieses Gleichgewicht wiederzufinden, ist eine Aufgabe für uns alle, in der Politik, in den Medien, in der Gesellschaft.

Während wir in Deutschland über politische Details streiten, fehlt weltweit Millionen Menschen das Lebensnotwendigste. Laut WHO und UNICEF haben rund 703 Millionen Menschen keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser, etwa 733 Millionen leben ohne Strom. Kein Licht, keine Heizung, kein sauberes Wasser. Für viele ist das keine Statistik, sondern tägliche Realität.

Dieser globale Maßstab zeigt: Wir leben in einem Land mit enormen Möglichkeiten. Gerade deshalb dürfen wir unsere demokratische Kultur nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Verantwortung und Zusammenhalt vor Ort

Kommunen funktionieren nicht ohne das Ehrenamt. Die Feuerwehr ist in vielen Regionen ausschließlich freiwillig organisiert. Sportvereine, Tafeln, Nachbarschaftshilfe, Katastrophenschutz: Überall engagieren sich Menschen, oft still und ohne

„Die Summe der Einzelinteressen ergibt nicht das Gemeinwohl, sondern Chaos.“

MANFRED ROMMEL,
DEUTSCHER POLITIKER (CDU), 1974-1996
OBERBÜRGERMEISTER DER STADT STUTTGART,
1995-1999 KOORDINATOR FÜR DIE
DEUTSCH-FRANZÖSISCHE
ZUSAMMENARBEIT

große Bühne. Sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Ihre Arbeit verdient nicht nur Dank und Anerkennung, sondern auch politische Rückendeckung und strukturelle Unterstützung.

Demokratie lebt von Beteiligung, aber auch von Akzeptanz. Das bedeutet, eigene Interessen gelegentlich zurückzustellen, wenn es dem Gemeinwohl dient. Es bedeutet, demokratische Prozesse zu respektieren, auch wenn sie unbequem sind.

Und gerade wir kommunalen Amtsträger*innen und die Presse haben eine besondere Rolle: Wir sind Vorbilder, Vermittler, Brückenbauer, wir prägen das Klima vor Ort.

Demokratie ist kein Geschenk, sondern eine Aufgabe. Sie verlangt Haltung, Geduld und die Bereitschaft, zuzuhören. Demokratie entfaltet ihre Wirkung nur durch die Menschen, die sie tragen, gestalten und leben.

ANZEIGE



Wasser. Partner. Zukunft.

Energiemonitoring, Dekarbonisierung, Förderung der Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung, Fachkräfte-Akquise ...

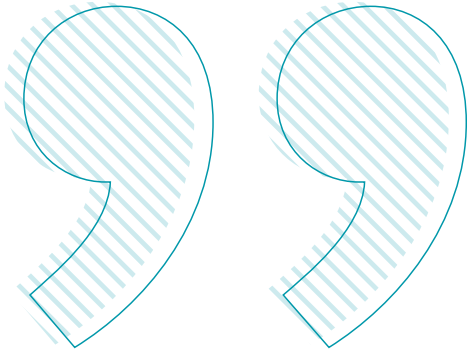
Die Herausforderungen im Wassermanagement für Kommunen, Verbände und Industrie sind komplex.

Wir entwickeln gemeinsam maßgeschneiderte Lösungen, die dabei helfen, Prozesse zu verbessern, Energie effizienter zu nutzen, Ressourcen zu schonen und zu erneuern.

Wir sind Veolia. Ihr Partner in der Wasserwirtschaft.

www.veolia.de/wasser





MEIN RATHAUS ...



Foto: Gemeinde Roden

Blick über den Ortsteil Roden in den Spessart

Klein, aber fein mit Weitblick

Die Gemeinde Roden mit knapp 1.000 Einwohnern liegt am Rande des wunderschönen Spessarts und in der Nähe der Universitätsstadt Würzburg.

Roden wurde durch den freiwilligen Zusammenschluss der bis 1976 selbstständigen Gemeinde Roden und Ansbach neu gebildet. Seit diesem Zeitpunkt gehört die Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Marktheidenfeld an. Prägend ist, dass mitten in der Gemeinde der Übergang von Buntsandstein auf Muschelkalk verläuft. Dies spiegelte sich auch bis Mitte des 20. Jahrhunderts wider, als es in der Gemeinde produzierende Steinbrüche für Muschelkalk wie auch für Buntsandstein gab.

Auch das Rathaus hat eine bewegte Geschichte: 1836 wurde das Gebäude als Schulhaus errichtet. Die Wände sind aus Material des ortseigenen früheren Buntsandsteinbruchs gefertigt. Nachdem die Schule in den Nachbarort verlegt wurde, wird das historische Sandsteingebäude seit Anfang der 1980er-Jahre als Rathaus genutzt. Heute finden hier die Ratssitzungen und die Bürgersprechstunden statt. Des Weiteren werden Räume durch den örtlichen Musikverein und die Singgruppe mitgenutzt. Die Hauptverwaltung ist in der Verwaltungsgemeinschaft Marktheidenfeld.

*Wo Buntsandstein auf
Muschelkalk trifft, ist auch
der Zusammenhalt fest
verwurzelt – das ist Roden.*



JOHANNES ALBERT
Bürgermeister
der Gemeinde Roden

Foto: Gemeinde Roden



Foto: Gemeinde Roden



Foto: Gemeinde Roden

Dorfplatz im Ortsteil Ansbach, der komplett in Eigenleistung der Ortsbewohner errichtet wurde



Foto: Gemeinde Roden

Ehemalige Aussegnungskapelle



Amt und Familie – beides unter einen Hut bringen

„Ergebnisse einer NJB-Befragung zeigen, wo es hakt – und wo Veränderungen nötig sind.“

VON HENNING WITZEL

Die Vereinbarkeit von Amt und Familie ist für viele junge Bürgermeister*innen ein Alltagsthema. Besonders wenn Kinder da sind, zeigen sich die Herausforderungen: von organisatorischen Fragen über zeitliche Belastungen bis hin zu den Erwartungen von Bürger*innen, Verwaltung, politischem Umfeld und der eigenen Familie. Um ein besseres Bild der realen Erfahrungen zu bekommen, hat das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen (NJB) eine Umfrage unter seinen Mitgliedern durchgeführt. Fast 100 Amtskolleg*innen haben sich beteiligt. Obwohl der Frauenanteil im Netzwerk bei nur rund 15 Prozent liegt, machten Bürgermeisterinnen in der Befragung 25 Prozent der Teilnehmenden aus – ein Zeichen, dass das Thema sie nach wie vor überdurchschnittlich betrifft. Die Ergebnisse bieten spannende Einblicke in die Vereinbarkeit von Amt und Familie – vor allem mit kleinen Kindern – und zeigen deutlich, wo Handlungsbedarf besteht.

Kinderzahl und Altersstruktur

Die teilnehmenden Bürgermeister*innen hatten bei Amtsantritt zusammen etwas mehr als 100 Kinder, heute sind es fast 200. Rund die Hälfte dieser Kinder wurde also während der Amtszeit geboren. Die meisten Bürgermeisterfamilien haben zwei oder drei Kinder: 42,5 Prozent gaben zwei, 22,3 Prozent drei Kinder an. Kinderlos sind knapp 10 Prozent der Befragten – wobei anzunehmen ist, dass sich Kinderlose an der Befragung unterdurchschnittlich beteiligt haben.

„Rund die Hälfte dieser Kinder wurde also während der Amtszeit geboren.“

Bürgermeisterinnen haben im Schnitt etwas weniger Kinder als ihre männlichen Kollegen, diese sind zudem jünger. Besonders in den Altersgruppen 0–3 und 4–6 Jahre liegt ihr Anteil deutlich über dem Gesamtdurchschnitt. Das deutet darauf hin, dass Frauen im Netzwerk vom Thema Vereinbarkeit noch stärker betroffen sind, da sie häufiger Kinder im jüngeren Alter betreuen.

Unterstützung durch Partner*innen

Die Unterstützung durch den Partner oder die Partnerin ist für die Vereinbarkeit entscheidend. Über 60 Prozent der Befragten geben an, vollständig unterstützt zu werden. Bei den Frauen liegt dieser Anteil mit 52 Prozent etwas niedriger.

Ein genauer Blick auf die Elternzeit des Partners zeigt deutliche Unterschiede: Während bei Bürgermeistern die Partnerinnen häufig länger als zwei Monate Elternzeit nehmen, ist dies bei den Bürgermeisterinnen und ihren Partnern selten

der Fall (21,7 Prozent). Stattdessen arbeitet der Partner oft Vollzeit weiter (39,1 Prozent), reduziert nur gelegentlich die Arbeitszeit oder übernimmt kürzere Phasen. Das bedeutet: Bürgermeisterinnen sind stärker auf ihre eigene Organisation und Flexibilität angewiesen, während Amtskollegen häufiger durch die Elternzeit der Partnerin entlastet werden.

Rolle der Partner*innen – deutliche Ungleichverteilung

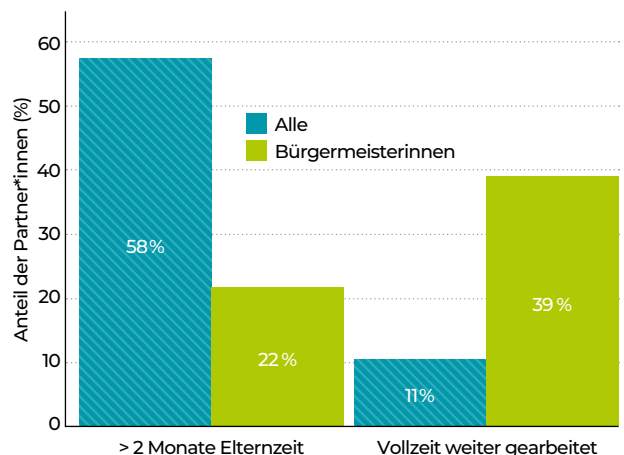


Abbildung 1: Partner von Bürgermeisterinnen nehmen deutlich seltener Elternzeit und arbeiten häufiger in Vollzeit weiter – ein Hinweis auf persistente Rollenmuster.

Elternzeit während der Amtszeit

Nur ein kleiner Teil der Befragten hat während seiner Amtszeit Elternzeit genommen: 7,5 Prozent in Vollzeit, 2,1 Prozent in Teilzeit. Organisatorische Hürden waren für 32,9 Prozent der Grund, auf Elternzeit zu verzichten, während 26,6 Prozent aus anderen Gründen keine Elternzeit nahmen. Auffällig: Keine einzige der teilnehmenden Bürgermeisterinnen hat Elternzeit genommen. Das verdeutlicht, dass Frauen in ihrer Amtszeit nur selten formell entlastet werden und die Vereinbarkeit weitgehend parallel zur Vollzeitaufgabe im Amt organisiert werden muss.



Flexible Arbeitszeiten und Teilzeit

Die Mehrheit der Befragten arbeitet auch mit Kindern unverändert Vollzeit (53,2 Prozent). Etwa ein Viertel versucht, Arbeit und Betreuung flexibel zu organisieren. Die Zahlen zeigen: Flexible Arbeitszeitgestaltung wird zwar genutzt, ist aber für viele keine echte Alternative zur Vollzeitarbeit. Das liegt vor allem daran, dass sich das Bürgermeisteramt kaum teilzeitfreundlich gestalten lässt.

Probleme im Amtsaltag

Moderate Probleme treten vor allem im politischen Umfeld und im Kontakt mit Bürger*innen auf. Frauen berichten dabei etwas häufiger von mittleren Schwierigkeiten, etwa durch Kritik oder Unverständnis, als Männer. Extreme Konflikte sind dagegen selten – weder im politischen Umfeld noch in der Verwaltung oder in den Medien.

Die größere Belastung entsteht im privaten Umfeld, insbesondere durch zu wenig Zeit für die Kinder. Männer empfinden diesen Punkt überdurchschnittlich belastend, während Frauen häufiger von einer allgemeinen Überlastung und mittleren Problemen berichten. Auch die Probleme mit dem Partner sind deutlich ausgeprägter als Konflikte im amtlichen Kontext. Dagegen sind Konflikte mit Eltern, Verwandten oder im Freundes- und Verwandtenkreis eher moderat und treten tendenziell weniger stark auf.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass die tägliche Vereinbarkeit von Amt und Familie mehr als nur organisatorische Fragen betrifft: Sie wird auch von den Erwartungen und Reaktionen anderer geprägt.

Rückblickende Wünsche

Gefragt nach dem, was sie sich rückblickend gewünscht hätten, nannten die Befragten an erster Stelle mehr Verständnis von Bürger*innen, gefolgt von klareren rechtlichen Regelungen zu Elternzeit, Mutterschutz und Teilzeit im Amt. Bürgermeisterinnen betonen zudem den Wunsch nach mehr Verständnis im politischen Umfeld (39,1 Prozent).

*„Vereinbarkeit im
Bürgermeisteramt ist kein
individuelles Problem.“*

Flexiblere Arbeitszeiten bleiben ein Thema, spielen bei Frauen jedoch eine geringere Rolle – offenbar, weil die strukturellen Einschränkungen so groß sind. Angebote für Kinderbetreuung, etwa während Sitzungsterminen, sind für beide Gruppen relevant, werden aber insgesamt seltener genannt.

Fazit

Die Umfrage zeigt deutlich: Die Vereinbarkeit von Amt und Familie bleibt eine große Herausforderung. Für Frauen ist sie besonders relevant, da sie seltener formelle Elternzeit nehmen und stärker auf die persönliche Organisation und Flexibilität angewiesen sind. Unterstützung durch Partner*innen ist ein entscheidender Faktor, wird aber bei Frauen seltener in Form von Elternzeit geleistet. Überraschend selten treten Konflikte auf. Es fällt aber auf, dass Konflikte im privaten Umfeld vor allem mit Kindern und Partner*in – etwa wegen Zeitmangels oder Überlastung – deutlich ausgeprägter sind als Konflikte im politischen oder amtlichen Kontext.

Vereinbarkeit im Bürgermeisteramt ist kein individuelles Problem. Die Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit, strukturelle Rahmenbedingungen im Amt zu prüfen und zu verbessern. Klare rechtliche Rahmenbedingungen, flexiblere Arbeitszeiten und Angebote zur Kinderbetreuung sind nötig, um das Amt für junge Menschen und Familien attraktiv zu halten. Diese Themen werden wir beim geplanten Round Table Anfang 2026 in Berlin aufgreifen – mit dem Ziel, Lösungen zu finden, die Kindern, Familien und Kommunen gleichermaßen zugutekommen.

Belastungsschwerpunkt: Private Konflikte stärker als berufliche Probleme

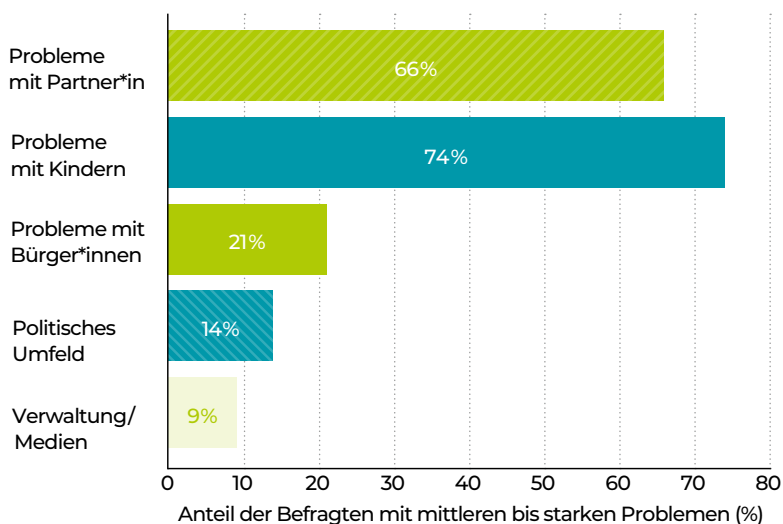


Abbildung 2: Die größten Vereinbarkeitsprobleme entstehen im privaten Umfeld – deutlich stärker als im politischen oder administrativen Bereich.



Warum Kommunalpolitik Familienpolitik ist.

„Amt. Kind. Beides.“ lautet das Thema dieses Heftes. Ich möchte da laut ausrufen: Natürlich beides! Unbedingt beides!



ELKE
BÜDENBENDER

ist seit 1995 mit Frank-Walter Steinmeier verheiratet. Gemeinsam haben sie eine Tochter. Elke Bündenbender war Richterin am Verwaltungsgericht Berlin, seit Juni 2025 ist sie im Ruhestand.

Foto: Bundesregierung/Steffen Kugler

Die Anforderungen an das wunderbare Amt des Bürgermeisters und der Bürgermeisterin sind heutzutage besonders hoch. Die Welt ist komplexer geworden, teilweise sehr schwierig, und wir wissen, dass es nicht mehr einfach ist, Frauen und Männer für dieses verantwortungsvolle Amt zu gewinnen, das zugleich einen großen Gestaltungsspielraum bietet und die Chance, ganz konkret gute Politik zu machen.

Junge, politisch aktive Frauen und Männer sind ganz oft auch Mütter oder Väter, und das ist auch gut so, denn sie wissen am besten, was es bedeutet, Kinder, Familienleben, Beruf und unter Umständen Ehrenamt „unter einen Hut“ zu bringen. Das gilt für beide, Frauen wie auch Männer. Es sind aber immer noch zum überwiegenden Teil die Frauen, die sich der Frage stellen müssen, wie sie Familie und Beruf vereinen, und das ist ein Grund dafür, dass sie immer noch nur etwas über 11 Prozent aller Bürgermeisterstellen in Deutschland besetzen und auch in den Kommunalparlamenten nicht paritätisch vertreten sind. Umso mehr freut mich, dass die Zahl der Männer steigt, die sich gleichberechtigt in die Familienarbeit einbringen und das unbedingt wollen.

Das Schöne am kommunalen Amt ist, mit vielen Menschen in Kontakt zu treten, zu gestalten und sich mit vollem Engagement für „seine Stadt und Bürger*innen“ einzusetzen. Zugleich geht das Amt mit öffentlicher Präsenz und Sichtbarkeit einher, die oft weit über eine reguläre Vollzeitstelle hinausgeht. Denn Bürgermeister*in ist man immer, 24 Stunden, sieben Tage die Woche. Es gibt Sitzungen am Abend, Repräsentationspflichten am Wochenende und jederzeit spontane Kri-

sensituationen. Bei ehrenamtlichen Bürgermeister*innen kommt noch die Verantwortung für den Hauptjob hinzu.

Wer sein Amt mit so viel Leidenschaft ausübt, der soll die Unterstützung bekommen, die es braucht, um zugleich mit einer Familie und Kindern leben zu können. Genau diese verantwortungsbewussten jungen Bürgermeister*innen wissen, worauf es ankommt, will man junge Familien mit berufstätigen Eltern in der Gemeinde halten und dazugewinnen.



„Kommunalpolitik ist immer auch Familienpolitik – wenn wir wollen, dass alle gleichberechtigt mitgestalten können.“

Insofern gilt für mich: Amt und Kind, das muss beides möglich sein. Dazu ist es nötig, Strukturen zu ändern und innovative Arbeitsweisen auch in der Kommunalpolitik selbstverständlich zu machen. Hier sind alle in der Pflicht, die wollen, dass sich auch junge Menschen mit Kindern engagieren und ihre Heimat gestalten.

Es braucht dringend flexible Arbeitszeitmodelle und eine familienfreundlichere Sitzungskultur. Sitzungen spät am Abend müssen nicht sein, manche können genauso gut online stattfinden. Auch müssen digitale Entscheidungsprozesse möglich sein!

Ganz praktisch: Die Betreuungszeiten in Kindertagesstätten und auch in Schulen müssen flexibler werden, und ggf. muss eine Kinderbetreuung für eine Sitzung organisiert werden.

Wir haben Vorbilder, die zeigen, dass es geht. Und wir wissen: Einen echten Wandel werden wir nur gemeinsam schaffen können. Wir brauchen Menschen, die erkennen, dass das gleichberechtigte Zusammenwirken von Frauen und Männern uns alle weiterbringt. Das bedeutet zugleich, dass Kommunalpolitik immer auch Familienpolitik ist, wenn wir wollen, dass alle gleichberechtigt mitgestalten können.

Diese Vorbilder, weibliche wie auch männliche, müssen sichtbar gemacht werden, um auch anderen den Mut zu geben, für ein Bürgermeisteramt zu kandidieren! So wird uns auch nachhaltig der Abbau von Rollenstereotypen und ein echter Kulturwandel gelingen.

Dieser Wandel muss uns als Gesellschaft so wichtig sein, dass wir alles daransetzen, dass er gelingt. Denn die Vereinbarkeit von Amt und Familie ist nicht nur eine private Herausforderung, sondern eine demokratiepolitische Notwendigkeit. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen ihre Perspektive in Entscheidungsprozesse einbringen können, denn das macht unsere Entscheidungen besser und nachhaltiger. Und das ist in diesen Zeiten, in denen sich die Menschen zunehmend ins Private zurückziehen scheinen, doch wichtiger denn je.

VEREINBARKEIT: WARUM WIR SIE BRAUCHEN



Dr. Daniel Faßhauer,
Bürgermeister der Gemeinde Habichtswald

„Der schönste Beruf der Welt muss auch mit dem Wunsch nach eigenen Kindern und einer (wachsenden) Familie vereinbar sein. Gerade bei uns als jungen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern schafft dies allerdings eine besondere Herausforderung. Das Netzwerk sehe ich dahingehend nicht nur wegen des fachlichen Austauschs als einen großen Gewinn: Denn auch bei solch persönlichen Anforderungen können wir uns miteinander austauschen, gegenseitig Impulse geben und positiv begleiten.“

Foto: privat



Sarah Höfler,
1. Bürgermeisterin von Markt Cadolzburg

„Vereinbarkeit ist kein Nice-to-have, sondern Voraussetzung, wenn Menschen Verantwortung übernehmen sollen. Ich lebe beides – Bürgermeisterin und Mutter – und weiß, wie viel Organisation und Rückhalt das braucht. Im Netzwerk erlebe ich, wie wir uns gegenseitig stärken. Gute Strukturen sind kein Bonus – sie sind die Grundlage, damit Verantwortung und Familie zusammengehen.“



Foto: L.Nicole Endres Fotografie



Grit Matz,
Bürgermeisterin der Stadt Wanzleben-Börde

„Seit April 2024 bin ich Bürgermeisterin – aus Überzeugung für eine lebendige, sichere und wachsende Gemeinde. Der Beruf ist Berufung: Familie und Amt verlangen Organisation und Rückhalt. Ohne gemeinsamen Familienkalender und verlässliche Kinderbetreuung ginge es nicht – Familienzeiten werden fest eingeplant.“

Foto: privat



Daniel Quade,
Bürgermeister der Stadt Bad Sachsa

„Ich finde, dass das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ in unserem Job ein besonders schwieriger Spagat ist: zwischen dem Anspruchsdenken der Bevölkerung und Kommunalpolitik omnipräsent sein zu müssen und dem Gerecht-Werden der eigenen Familie. Ohne eine starke Familie im Hintergrund wäre vieles so nicht möglich. Es hilft, sich im NJB mit Kolleginnen und Kollegen austauschen zu können, die dieselben Herausforderungen haben.“



Foto: Dietrich Kühne



Andreas Schmidt,
Bürgermeister der Stadt Gammertingen

„Zwei Tage nach meiner Wahl kam vor zwei Jahren unser zweiter Sohn zur Welt. Seitdem wechseln sich Grußworte und Gutenachtgeschichten, Satzungen und Spielzeiten ab. Bürgermeister mit zwei kleinen Kindern heißt: Die ganze Familie trägt mit und doch kommt alles immer zu kurz. Im Netzwerk Junge Bürgermeister*innen finde ich Austausch und Rückhalt – wie eine berufliche Familie.“

Foto: Die Zieglerchen



CÉCILE
WEIDHOFER

Director Politik &
Internationales bei der
Europäischen Akademie
für Frauen in Politik und
Wirtschaft Berlin (EAF)

Foto: Photothek/Trutschel

Überlastung, Stillstand, Illusion? Wie Vereinbarkeit in der Kommunalpolitik doch noch Realität werden kann

Vereinbarkeit klingt 2025 selbstverständlich. Aber auch in der Kommunalpolitik klafft die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Zwar gibt es sie, die Kommunalpolitiker*innen, mit Baby im Rat(haus). Und es gibt auch sie: Beispiele, wie Kommunen Vereinbarkeit ermöglichen. Aber das reicht nicht. Denn: Überholte Stereotype, endlose Sitzungen, fehlende Kinderbetreuung und Arbeitswochen von 60 Stunden bleiben der Normalfall. Ehrenamtliche Bürgermeister*innen haben zudem keinen Anspruch auf Elternzeit, die soziale Absicherung bleibt schwach. So wird Engagement nicht nur zeitlich, sondern auch existenziell riskant. Wer wagt da noch den Schritt in eine kommunale Spitzenposition – gerade in der Rushhour des Lebens?

Die Pandemie hat gezeigt: Frauen fehlen, aber Lösungen sind möglich

In der Pandemie wurde die Belastung nochmals deutlicher: Familien standen unter enormem Druck – und es wurde offensichtlich, wie wenige Menschen mit Care-Verantwortung in politischen Ämtern vertreten sind, allen voran

Frauen. Räte tagten in Sporthallen, Gremien konnten nur verkleinert zusammentreten, Abläufe brachen zusammen. Und es wurden Pairing-Modelle erprobt, einzelne Bundesländer ermöglichten digitale Sitzungen. Was zuvor als nicht machbar galt, ging plötzlich doch.

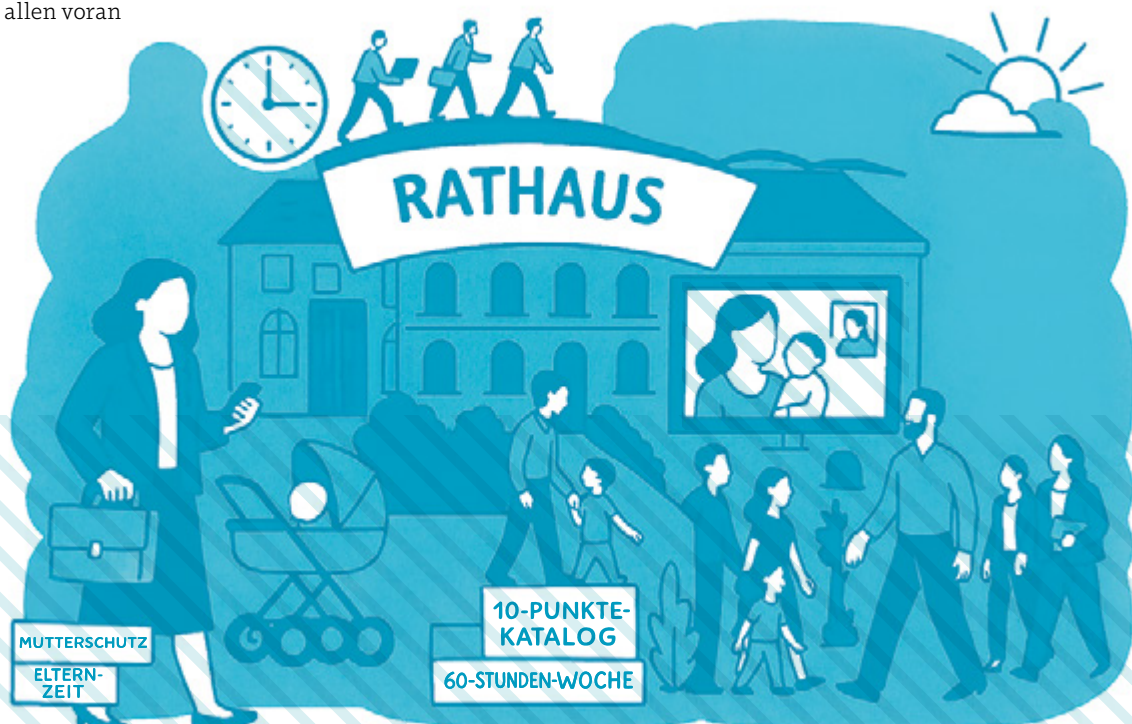
Daten und Austausch sind wichtig, damit sich etwas ändert

Ob und wie haben sich Kommunen dadurch verändert? Diese Frage war im Helene Weber-Kolleg Anstoß für die Studie „Mit Kind in die Politik – Gute Praktiken für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt“. Fazit: Veränderung ist möglich, wenn der politische Wille da ist. Doch belastbare Daten fehlen, gute Praktiken bleiben Einzelfälle. Wie viele Ratsmitglieder oder Bürgermeister*innen in Deutschland haben Kinder? In welcher Altersphase machen sie Politik? Jede Kommune oder jedes Land erhebt anders – oder gar nicht. Doch Daten sind wichtig, um

Bedarfe sichtbar zu machen, Entwicklungen nachzuvollziehen und politische Maßnahmen gezielt gestalten zu können. Vereinbarkeit bleibt so Privatsache – und strukturelle Probleme werden unsichtbar.

Von Einzelmaßnahmen zu Standards

Wir haben auch gesehen: Es gibt viele gute Ideen. Manche Kommunen erstatten Kinderbetreuungskosten, andere reduzieren den Umfang von Sitzungsunterlagen. Wieder andere richten Eltern-Kind-Zimmer ein, begrenzen Ratssitzungen auf zwei Stunden, eine digitale Teilnahme ist möglich, oder es gibt Kinderbetreuung. Elternnetzwerke in Räten und Parteien stärken ihre Mitglieder und treiben Veränderungen voran. Doch dieses Wissen bleibt meist vor Ort. Jede Kommune und jedes Bundesland entwickelt eigene Lösungen. Die Ansätze müssten verstetigt, rechtlich verankert und systematisch verbreitet werden. Es gibt noch keinen verbindlichen Rahmen – der „10-Punkte-Katalog“ für Vereinbarkeit in der Kommunalpolitik existiert (noch) nicht. Wertvolle





Zum Download
der Studie



Weidhofer, Cécile; Walchshäusl, Dorothea; Friedrich, Sarah (2023): Mit Kind in die Politik. Gute Praktiken für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt. EAF Berlin.

Erfahrungen gehen verloren, Hürden bleiben, Engagement wird nicht planbarer. Bis 2027 wollen wir auf www.frauen-vielfalt-politik.de möglichst viele gute Beispiele systematisch aufbereiten. Dennoch ändert das nichts daran: Kommunalpolitik bleibt zeitintensiv, anspruchsvoll und besonders für Frauen herausfordernd.

Öffentlicher Blick und persönliche Belastung

Bürgermeister*innen stehen bei Familienplanung unter starker Beobachtung – besonders Frauen. Jede Entscheidung wird kommentiert: ob und wie lange Elternzeit genommen wird, ob auf Mutterschutz verzichtet wird oder nicht, wie oft das Baby im Rathaus oder bei Terminen dabei ist. Was für andere private Lebensentscheidungen sind, wird im politischen Amt zur öffentlichen Debatte. Das setzt unter Druck – und kann gerade Politiker*innen abschrecken, überhaupt politische Verantwortung zu übernehmen. Stattdessen braucht es mehr Gelassenheit und Unterstützung – auch für Männer: Wenn hauptamtliche Bürgermeister eine kurze Elternzeit nehmen, werden sie oft kritisiert – zu wenig, nicht der Rede wert. Doch auch Männer sind von Stereotypen und Erwartungen betroffen, und es ist alles andere als selbstverständlich, diese Rolle sichtbar zu leben.

Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen: „Es geht nicht“ reicht nicht

Zusätzlich fehlt Wissen über rechtliche Rahmenbedingungen für Bürgermeister*innen und ehrenamtliche Politiker*innen, wie Mutterschutz und Elternzeit. Noch immer müssen Bürgermeister*innen ihre Ansprüche selbst erkämpfen. Wer höchste Verantwortung für eine Kommune trägt, wird oft allein gelassen. Jüngst das Beispiel von Claudia Alfons zum Thema Mutterschutz.

Oder Cathrin Wöhrle, hauptamtliche Bürgermeisterin in Baden-Württemberg, die die Möglichkeit einer Teilzeitregelung zweifach rechtlich prüfen ließ. Die erste Reaktion war: „Es geht nicht.“ Doch sie hat nicht aufgegeben, eine Änderung der Regelung wurde veranlasst. Damit hat sie den Weg für andere geebnet. Solche individuellen Kämpfe sind wichtig, doch sie reichen nicht aus, um nachhaltig Veränderungen zu bewirken.

*„Veränderung
ist möglich, wenn
der politische Wille
da ist.“*

Und es braucht Ressourcen. Räten fehlen beispielsweise oft die finanziellen Mittel, um Technik und Ausstattung anzupassen, etwa für digitale Sitzungen. Kommunen dürfen nicht allein gelassen werden, wenn sie neue Zugänge schaffen und Vereinbarkeit aktiv fördern wollen.

Gute Lösungen entstehen oft dort, wo Ratsmitglieder oder Bürgermeister*innen das Thema Vereinbarkeit selbst vorleben oder unmittelbar davon betroffen sind. Doch genau diese Vorbilder sind selten – ein Dilemma. Da, wo Vereinbarkeit sichtbar vorgelebt wird, fühlen sich Menschen ermutigt, dass es möglich ist. Aber: Solange die Strukturen nicht besser werden, schrecken viele davor zurück, sich überhaupt auf ein Amt einzulassen.

Was also ist zu tun?

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Mandat braucht beides: Menschen, die sie vorleben, und Rahmenbedingungen, die sie ermöglichen. Vorbilder und moderne Strukturen, die Flexibilität, Verlässlichkeit und Schutz bieten – vom Mutterschutz bis zu Vertretungsregelungen. Und es braucht kulturelles Umdenken: Politik darf nicht länger mit permanenter Überlastung gleichgesetzt werden. Denn es ist nicht nur das Bild vom Bürgermeisteramt als 24/7-Präsenzjob, das überholt ist. Auch die tatsächliche Fülle an Aufgaben muss auf den Prüfstand. Welche Aufgaben können anders verteilt oder effizienter organisiert werden? Was bremst, was fördert? Nur wenn diese Fragen gestellt werden, entsteht eine Politik, die tragfähig und zukunftsfähig ist.

Vereinbarkeit darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Kommunalpolitiker*innen stemmen heute schon viel und treiben Veränderungen voran – doch sie können die strukturellen Probleme nicht allein lösen. Wenn Demokratie vor Ort zukunftsfähig bleiben soll, müssen Landtage, Bundestag, Spitzenverbände, Unternehmen und Zivilgesellschaft ihren Teil beitragen. Während die Wirtschaft längst auf New Work, Vielfalt und flexible Modelle setzt, darf Politik nicht im Gestern verharren. Gerade die Kommunalpolitik, Fundament unserer Demokratie, muss vorgehen. Wir wissen, was zu tun ist. Wir wissen, dass es geht. Jetzt braucht es den Mut, endlich zu handeln.

Wenn zwei Bürgermeister*innen Eltern werden



Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Bürgermeisteramt ist bekanntermaßen eine Herausforderung. Doch wie gestaltet sich das Leben, wenn gleich zwei Bürgermeister*innen ein Kind bekommen? Wie lässt sich ein zeitintensives Amt mit den Ansprüchen des Familienlebens in Einklang bringen?

VON JESSICA LANG, BÜRGERMEISTERIN VON MAULBURG UND PHILIPP LOTTER, BÜRGERMEISTER VON HAUSEN IM WIESENTAL

Jessica Lang und Philipp Lotter sind seit Juni 2025 Eltern einer gemeinsamen Tochter. Sie berichten über Chancen, Hürden und ihre Erfahrungen als Bürgermeisterpaar mit Kind.

Jessica Lang: Bürgermeisterin und Mutter – ein Widerspruch?

„Was machen wir, wenn wir Sie als Bürgermeisterin wählen und Sie sollten schwanger werden?“ – diese Frage begegnete mir im Wahlkampf 2023/2024 nicht nur einmal. Eine Frage, die sich einer meiner männlichen Mitbewerber niemals hätte stellen müssen.

Dass diese Situation schon ein Jahr später Realität werden würde, damit hatte ich selbst nicht gerechnet. Meine Schwangerschaft war keineswegs Teil des „Amtsplans“. Doch für mich stand fest: Keine Berufung darf Einfluss auf die Familienplanung haben. Nahezu jeder Arbeitgeber schreibt sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie groß auf die Fahnen – doch wo wird sie tatsächlich gelebt?

Es braucht nicht nur die richtigen Rahmenbedingungen seitens des Arbeitgebers. Es braucht auch ein gesellschaftliches Verständnis dafür, dass Frauen unabhängig von ihrer „Rolle als Frau“ ihren Beruf ausüben können. Dass es keinen Unterschied macht, ob eine Frau oder ein Mann in einer Führungsposition Verantwortung trägt.

Mit der Verkündung meiner Schwangerschaft wurden die Stimmen laut. Ich erhielt viel Zuspruch – doch ebenso kamen Zweifel auf: „Mit einem Kind dieses Amt ausüben? Das kann nicht funktionieren.“ Solche Stimmen stehen im klaren Widerspruch zu unserem



Foto: Steffi Haupe Hast Photodesign

Anspruch auf eine moderne, gleichberechtigte Gesellschaft.

Ich bin überzeugt: Gerade die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist einer der Gründe, weshalb so wenige Frauen den Weg an die Spitze der Kommunalpolitik finden. Und genau hier möchte ich ein Zeichen setzen.

*„Familie und
Bürgermeisteramt schließen
sich nicht aus – sie fordern
Mut, Organisation und
ein Umdenken in unseren
Köpfen.“*

zen: Ja, es ist herausfordernd, Bürgermeisterin und Mutter zu sein. Aber es ist möglich – mit klaren Prioritäten, einem verlässlichen Umfeld und der Überzeugung, dass Gleichberechtigung nicht nur ein Schlagwort sein darf, sondern gelebt werden muss.

Ich hatte zudem das große Glück, eine gesunde und komplikationsfreie Schwan-

gerschaft zu erleben. Den Mutterschutz von sechs Wochen vor der Geburt habe ich bewusst nicht in Anspruch genommen – lediglich die acht Wochen danach. Seit September bin ich wieder zurück im Amt. Für die Umstände, ein gesundes Kind und eine unterstützende Familie zu haben, bin ich sehr dankbar. Ebenso schätze ich, dass meine Abwesenheit im Rathaus so reibungslos überbrückt werden konnte – dank einer starken Verwaltung und dem Verständnis insbesondere im Gemeinderat.

Philipp Lotter: Männer vs. Frauen im Bürgermeisterwahlkampf

Wenn ich auf meinen Wahlkampf 2023 zurückblicke, fällt mir eine Szene besonders ein. Damals war ich 35 Jahre alt, unverheiratet und kinderlos. Ein Bürger sagte zu mir: „Dann sind Sie die richtige Wahl für unsere Gemeinde. Sie können Ihre ganze Kraft in die Arbeit stecken und werden nicht durch eine Familie abgelenkt.“ Dieser Satz hat mich bis heute nicht losgelassen. Während Jessica im Wahlkampf mit Fragen nach Kinderwunsch

und Vereinbarkeit konfrontiert wurde, wurde mir mein Familienstand als Vorteil ausgelegt. Ich musste mich nie rechtfertigen – im Gegenteil, mir wurde unterstellt, gerade deshalb „besser geeignet“ für das Amt zu sein.

Zwischen Rathaus und Wickeltisch

Seit der Geburt unserer Tochter im Juni 2025 hat sich unser Alltag stark verändert. Als Bürgermeister*innen zweier Gemeinden und frischgebackene Eltern mussten Jessica und ich lernen, Familie und Amt gleichzeitig zu meistern. Während Jessica nach acht Wochen Mutterschutz wieder ins Amt zurückkehrte, habe ich im Anschluss Elternzeit genommen.

Von Anfang an war uns wichtig, diese ersten Monate bewusst gemeinsam zu gestalten. Ich wollte Zeit mit unserer Tochter verbringen, die Bindung zu ihr aufbauen und gleichzeitig meiner Verantwortung im Amt gerecht werden. Dafür war viel Abstimmung nötig – sowohl zwischen uns als Paar als auch mit Verwaltung und Gremien. Die Resonanz aus unseren Gemeinden war überwältigend positiv: Bürger*innen, Kolleg*innen und Mit-

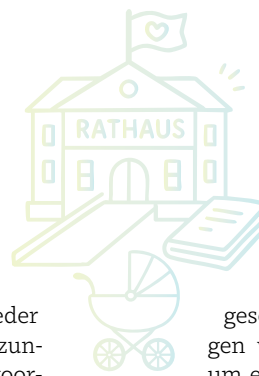
arbeitende zeigten Verständnis und Unterstützung.

Vereinbarkeit und Vorbilder

Die größten Herausforderungen kommen jetzt, wenn wir beide wieder vollständig im Amt sind. Termine, Sitzungen und Aufgaben müssen wir gut koordinieren, und nicht jeder berufliche Termin lässt sich wahrnehmen – zumindest im ersten Jahr. Dabei zeigt sich, wie wichtig ein starkes Team in der Verwaltung und das Verständnis unserer Familien sind.

Jessica Lang und Philipp Lotter: Zwei Stimmen, die Wandel leben

Wir möchten mit unserer Situation deutlich machen: Familie und Beruf lassen sich vereinbaren – auch in Spitzenpositionen der Kommunalpolitik. Mutterschaft und Vaterschaft gehören aktiv gelebt, Verantwortung im Amt gleichzeitig übernommen. Wir hoffen, dass unsere Erfahrungen anderen Mut machen,



Rollenbilder aufzubrechen und auch als Mann die Elternrolle ernsthaft wahrzunehmen. Gleichzeitig verdeutlicht unsere Erfahrung, dass gesetzliche Rahmenbedingungen verbessert werden müssen, um echte Gleichberechtigung zu ermöglichen – von finanzieller Absicherung bis hin zur organisatorischen Entlastung kleinerer Gemeinden.

Als Vorsitzender beziehungsweise stellvertretende Vorsitzende und KassiererIn des Verbandes der Baden-Württembergischen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen – Kreisverband Lörrach setzen wir uns auch über unsere eigenen Gemeinden hinaus für einen modernen Führungsstil und eine familienfreundliche Kommunalpolitik ein. Wir möchten damit ein gutes Vorbild für junge Bürgermeister*innen sein und zeigen, dass Veränderung möglich ist, wenn Gleichberechtigung aktiv gelebt wird.

ANZEIGE

ZEIG, WER DU BIST!

Finde deinen Stuhl
im NJB-Shop



AMTlich GUT!



**NEUE
MOTIVE**








Bürgermeister*in ist man mit Leib und Seele, warum dann nicht auch das Bürgermeister*in-Sein auf der Brust tragen?

Fürs Amt braucht man nicht nur Kostüm oder Anzug, sondern auch mal einen coolen Hoodie, ein schickes T-Shirt oder eine Base-Cap.




NJB-SHOP.MYSPREADSHOP.DE

Willkommen im NJB-Shop.
Schau doch mal vorbei und finde dein Produkt.



Update der Rollenbilder

Ein persönlicher Blick auf
Vereinbarkeit im Amt

VON DR. CLAUDIA ALFONS,
OBERBÜRGERMEISTERIN VON LINDAU



Das Bild, wie eine Oberbürgermeisterin ihr Amt ausübt, ist noch immer stark männlich geprägt – was nicht verwunderlich ist, bei nur 10 Prozent Bürgermeisterinnen. Wenn eine Bürgermeisterin ein Kind bekommt, irritiert das viele erstmal – weil sie es nicht gewohnt sind. Dabei sollte es längst selbstverständlich sein, dass Frauen politische Verantwortung übernehmen und gleichzeitig Familie leben.

Unsere Gesellschaft braucht ein Update der Rollenbilder. Dass eine Frau ein kommunales Spitzenamt ausübt, muss genauso normal sein wie die Tatsache, dass dazu auch Familie gehört. Das gilt auch für Väter an der Rathauspitze, die Elternzeit nehmen – wie die OB-Kollegen aus Aalen, Freiburg oder Hannover, die hier mit gutem Beispiel vorangehen. Sollen mehr junge Frauen und Männer politische Verantwortung übernehmen, müssen wir ihnen die Möglichkeit geben, beides zu leben – Amt und Kind. Dafür braucht es Geduld mit gesellschaftlichen Erwartungen und den persönlichen Mut, sich nicht aufhalten zu lassen. Nur so können wir das tradierte Bild des „Stadt-/Gemeindeoberhauptes“ weiterentwickeln – was sicherlich auch erfrischend auf unsere Demokratie wirkt.

Wenn wir ein kinderfreundliches Land sein wollen, müssen wir auch in der Politik zeigen, dass Kinder willkommen sind. Schon aus demografischen Gründen brauchen wir Kinder – und dafür eine konstruktivere Haltung gegenüber Müttern und Vätern. Nur so funktioniert unser System – auch volkswirtschaftlich.

Ob man Familie und Amt vereinbaren will, ist eine persönliche Entscheidung. Wenn ja, ist es eine Frage der Organisation und der Unterstützung durch das Umfeld. Bei uns zu Hause ist der Alltag so organisiert, dass es auf mich zur Not nicht ankommt. Mein Mann ist in Elternzeit und kümmert sich, auch wenn die Kinder krank sind oder die Kita geschlossen. Denn Bürger*-



„Dass Frauen politische Verantwortung übernehmen und gleichzeitig Familie leben, sollte längst selbstverständlich sein – genauso wie Väter in Elternzeit an der Rathauspitze.“

Foto: Monika Keller

innen dürfen erwarten, dass ich meiner Verantwortung für die Stadt gerecht werde – aber nicht, dass sie mein Privatleben mitgestalten.

Der wichtigste Hebel im Amt ist die Selbstorganisation. Als Oberbürgermeisterin entscheide ich, welche Termine ich wahrnehme und oftmals auch wann; ebenso konnte ich beschließen, mein Baby die ersten Monate fast überallhin mitzunehmen. Entscheidend ist, dass alle relevanten Termine Platz finden. Diese Freiheit ist ein großer Vorteil gegenüber klassischen Arbeitsmodellen mit festen Zeiten. Zu manchen gesellschaftlichen Terminen am Wochenende nehme ich meine Kinder zum Beispiel auch mit. Natürlich bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dennoch eine Herausforderung – aber das gilt für jeden Job.

Klar ist auch: Es gibt kein „richtiges“ Familienmodell für Frauen im Bürgermeisteramt. Ein Kind ist zu wenig, mehrere sind zu viel, Kinderlose gelten als Karrierefrauen, Alleinstehende als unvollständig – es gibt für alles Klischees. Da hilft es nur, den eigenen Weg zu finden und dazu zu stehen.

Bei der Geburt meines jüngsten Kindes war mir wichtig, dass mein Stimmrecht auch im Mutterschutz erhalten bleibt. Denn das Gesetz sieht vor, dass ich als Frau in dieser Zeit keine Amtsgeschäfte führen und im Stadtrat noch nicht einmal mitstimmen darf – selbst wenn ich es möchte. Für eine gewählte Mandatsträgerin ist das ein Dilemma. Ich finde: Wer Verantwortung trägt, sollte selbst entscheiden dürfen, ob und wie sie in solchen Situationen ausgeübt wird.

Deshalb ließ ich ein Rechtsgutachten erstellen und wandte mich an das Bayerische Innenministerium. Mit Erfolg: Der Minister bestätigte – Frauen sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie im Mutterschutz weiter Verantwortung tragen möchten, und unterstützt nun unsere parteiübergreifende Initiative „Bavaria ruft!“ für mehr Frauen in den Rathäusern und Räten bei der Kommunalwahl 2026.

Gemeinsam gegen Hass und Gewalt

Immer mehr Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Deutschland werden beleidigt, bedroht oder sogar attackiert.

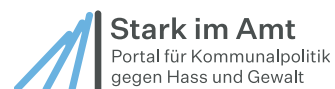


**Möglichkeiten der
Gegenwehr und
der Prävention**

Stark im Amt ist eine Initiative der Körber-Stiftung in Kooperation mit Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund.



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



Zeit für die Kinder, Verantwortung für die Stadt

VON MARLO KRATZKE,
BÜRGERMEISTER VON RONNENBERG

Elternzeit und Bürgermeisteramt, passt das zusammen? Für viele klingt das ungewöhnlich. Schließlich trägt ein Bürgermeister Verantwortung für eine ganze Stadt und steht dauernd in der Öffentlichkeit. Doch wenn Politik näher an den Lebensrealitäten der Menschen sein soll, müssen auch Führungskräfte in der Kommunalpolitik zeigen, dass Familie und Amt vereinbar sind.

Ich habe diese Erfahrung selbst gemacht, als ich 2021 mit 29 Jahren in Ronnenberg gewählt wurde. Zunächst verzichtete ich bei der Geburt meines Sohnes bewusst auf Elternzeit, um Strukturen in der Verwaltung zu ordnen und Projekte auf den Weg zu bringen. Später, als es sich richtig anfühlte, beantragte ich Elternzeit. Verwaltungsausschuss und Rat stimmten zu, im Rat gab es sogar fraktionsübergreifend Beifall. Dieser Moment hat mich bewegt, weil er zeigte, dass die Vereinbarkeit von Familie und Amt auch politisch unterstützt werden kann.

Elternzeit bedeutet jedoch nicht, dass Verantwortung endet. Die Themen im Rathaus laufen weiter, rechtlich und öffentlich bleibt sie beim Bürgermeister. Auch im Alltag bin ich Ansprechpartner. Ob im Supermarkt oder beim Spaziergang mit den Hunden, Bürgerinnen und Bürger sprechen mich an, bringen Anliegen vor, und selbstverständlich nehme ich diese auf. Bürgermeister ist man immer, auch in der Elternzeit.

Gerade deshalb braucht es ein neues Verständnis von Führung. Wer Verantwortung trägt, muss zeigen dürfen, dass Familie denselben Stellenwert hat. Wenn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Elternzeit nehmen, senden sie ein klares Signal: Vereinbarkeit ist möglich. Und sie machen deutlich, dass Elternzeit nicht nur Müttern zusteht.

Noch immer erleben viele Väter, dass Elternzeit kritisch beäugt wird. In früheren Jobs war es auch für mich keineswegs selbstverständ-

lich, dass männliche Kollegen Elternzeit nehmen. Solche Muster müssen wir durchbrechen.

Die Politik kann dazu beitragen: durch klarere gesetzliche Regelungen für Elternzeit von Hauptverwaltungsbeamten, durch Verwaltungsstrukturen, die Projekte auch während der Abwesenheit weiterlaufen lassen, und durch eine gesellschaftliche Haltung, die Elternzeit in Führungspositionen als Stärke versteht.

Natürlich gibt es auch kritische Stimmen. Nicht alle fanden es gut, dass ein Bürgermeister Elternzeit nimmt. Aber Veränderungen beginnen selten ohne Widerspruch. Wenn wir eine moderne Gesellschaft wollen, in der Gleichberechtigung selbstverständlich ist, dann müssen wir diese Zeichen setzen.

Meine Kinder sind heute drei und fünf Jahre alt. Diese Zeit mit ihnen wird nicht zurückkommen, und ich bereue keine Minute, die ich mir dafür genommen habe. Elternzeit im Bürgermeisteramt ist mehr als eine persönliche Entscheidung. Sie ist ein Signal: Verantwortung ist vielfältig, und wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die das auch ermöglichen.



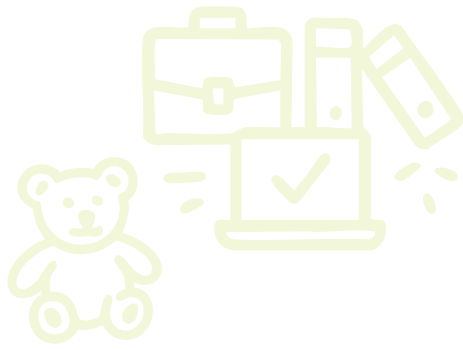
Während der Elternzeit



Bürgermeister mit Sohn
beim Besuch von Borussia Empelde



„Elternzeit im
Bürgermeisteramt
ist mehr als eine
persönliche
Entscheidung.
Sie ist ein Signal:
Verantwortung
ist vielfältig.“



Vereinbarkeit im Amt: Was wirklich hilft



NINA
LOPEZ STELLER
IHK-zertifizierte
Vereinbarkeitsmanagerin



@leben_statt_
funktionieren



nina-lopez-steller

Foto: privat

*„Vereinbarkeit
ist die Grundlage,
Aufgaben
dauerhaft gut
zu erfüllen.“*

Was ist Vereinbarkeit? Kurz gesagt bedeutet es, Rahmenbedingungen für eine Arbeitskultur zu schaffen, in der Beruf und Familie gleichzeitig gelingen, planbar, rechtssicher und ohne permanente Überlastung.

Ich bin Nina Lopez Steller, zweifache Mutter und IHK-zertifizierte Vereinbarkeitsmanagerin. Ich habe mich zur Vereinbarkeitsmanagerin ausbilden lassen, weil ich in der Praxis immer wieder erlebe, dass nicht Kinder, Pflege oder Ehrenamt die Ausübung des Berufs verhindern, sondern fehlende flexible Rahmenbedingungen. Vereinbarkeit ist die Grundlage, Aufgaben dauerhaft gut zu erfüllen.

Im Arbeitsleben braucht es vier Elemente: kontinuierlichen Austausch über Bedarfe, flexible Rahmenbedingungen, verlässliche Angebote und eine

wertschätzende Kultur. Auch für Bürgermeister*innen ist das essenziell, um die Arbeit im Amt alltagsnah und rechtssicher zu organisieren. Nicht alles geht über Nacht. Vieles lässt sich jedoch sofort anstoßen. Im Folgenden einige Maßnahmen, die sich kurzfristig umsetzen lassen:

- **Sitzungskultur/Planbarkeit:** Setzen Sie feste Zeitfenster und veröffentlichen Sie frühzeitig Jahres- und Quartalskalender. Abendtermine bleiben möglich, sollten aber die Ausnahme sein. Begründen Sie Ausnahmen transparent und bevorzugen Sie familienfreundliche Anfangs- und Endzeiten. Straffen Sie Agenden, versenden Sie Infos vorab und reservieren Sie Präsenz für Entscheidungen. So sinken Ad-hoc-Termine und die notwendige Betreuungszeit.

- **Hybride Teilnahme:** Verankern Sie Zuschaltung in Geschäftsordnungen, mit gleichwertigem Rede-, Antrags- und Stimmrecht. Standardisieren Sie Technik, Support und Einwahlprozesse. Eine Notfallzuschaltung bei Betreuungsausfall stellt Handlungsfähigkeit sicher und spart Wege.

- **Kinderbetreuung:** Bieten Sie qualifizierte, zentral buchbare Betreuung zu politischen Terminen an. Richten Sie Spiel- und Stillräume an Hauptstandorten ein und benennen Sie klare Ansprechstellen für Kinderbetreuungsthemen. Wenn Reisen notwendig sind, ermöglichen Sie Betreuung am Zielort.

- **Arbeitsumgebung:** Erlauben Sie das Mitbringen von Kindern in Ausnahmefällen. Schaffen Sie ruhige Zonen und sichere Spielecken in Hörweite. Kooperieren Sie mit Kitas und flexiblen Kurzzeitangeboten am Standort.

- **Jobsharing/Vertretung:** Prüfen Sie Tandems und klare Vertretungen. Legen Sie Aufgaben, Übergaben und Erreichbarkeiten transparent fest, wo es rechtlich zulässig ist.

- **Kostenfairness:** Erstaten Sie Mehraufwand konsequent (Betreuung außerhalb der Regelzeiten, Fahrt- und Übernachtungskosten). Wickeln Sie die Verfahren vollständig digital ab.

- **Kultur/Kommunikation:** Kommunizieren Sie Angebote, Prozesse und Kontakte intern aktiv und regelmäßig. Bloßes Bündeln genügt nicht. Fördern Sie Eltern- und Care-Netzwerke und holen Sie strukturiert Feedback ein. Führungskräfte leben familienfreundliche Zeiten und Nutzung vor.

- **Monitoring/Rechtssicherheit:** Stellen Sie einen kompakten Elternleitfaden bereit. Führen Sie jährlich einen kurzen Vereinbarkeits-Check durch und leiten Sie Maßnahmen ab.

Vereinbarkeit im Amt kann gelingen, wenn Austausch, flexible Rahmenbedingungen, verlässliche Angebote und eine wertschätzende Kultur zusammenkommen. Planbare Zeiten, klare Prozesse und tragfähige Hybridformate stärken Teilhabe, halten Teams gesund, senken Burnout-Risiken und verbessern Entscheidungen. Das setzt ein klares Signal: Familienleben ist mit verantwortungsvollen Ämtern vereinbar.

Wenn Sie bei der Umsetzung Unterstützung wünschen, erreichen Sie mich über die oben aufgeführten Kontaktdaten.



Foto: Felix Zamm/BMBFSFJ/photothek.de

Wer Familie und Politik vereinen will, darf nicht an alten Strukturen scheitern.

Alle, die Vereinbarkeit zwischen Sorgearbeit und Berufsleben, kennen die Herausforderungen des Alltags. Als Mutter von drei Kindern weiß ich sehr genau, dass man dabei selten den eigenen Ansprüchen genügt – und auch manches Mal nicht denen von außen.

Für politisch engagierte Menschen in der Familienphase kommt noch eine weitere Herausforderung hinzu: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und Engagement. Besonders in der Kommunalpolitik, wo vieles ehrenamtlich geschieht, ist das eine enorme Belastung.

Fakt ist: Menschen mit familiären Verpflichtungen – insbesondere Frauen – sind in der Kommunalpolitik deutlich unterrepräsentiert. Frauen leisten nach wie vor den Großteil der Sorgearbeit. Ihre Perspektiven fehlen oft in politischen Entscheidungen – dabei sind sie unverzichtbar. Gleichzeitig steigt auch bei jungen Männern das Bedürfnis nach echter Vereinbarkeit.

Politisches Engagement kostet Zeit, benötigt Bildung und erfordert häufig finanzielle Mittel – wird aber oft nur gering vergütet. Für Selbstständige oder Beschäftigte in Teilzeit kann das ein echtes Hindernis sein. Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben zum Beispiel keinen Anspruch auf Elternzeit.

Zudem spielt die politische Kultur eine große Rolle. Engagement findet oft abends statt – dann, wenn zu Hause die Kinder ins Bett gebracht werden. Viele Sitzungen dauern bis spät in die Nacht. Und nicht selten sind es eingespielte Routinen und informelle Treffen, oft in rein männlich geprägten Netzwerken, die über den Zugang zu Macht und Positionen entscheiden. Diese Strukturen habe ich selbst erlebt – und sie wirken bis heute.

„Menschen mit familiären Verpflichtungen – vor allem Frauen – sind in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert. Ihre Perspektiven fehlen – dabei sind sie unverzichtbar.“

Frauen werden in politischen Debatten häufiger unterbrochen, ihre Beiträge weniger ernst genommen. Klischees, Sexismus und Respektlosigkeit sind leider keine Ausnahmen. Und die zunehmende Gewalt gegen Mandatsträgerinnen schreckt zusätzlich ab – viele ziehen sich zurück oder kandidieren gar nicht erst.

All das führt dazu, dass sich viele erst nach der Familienphase oder gar im Ruhestand engagieren. Doch Demokratie lebt davon, dass sie alle Generationen und Lebensrealitäten abbildet – auch die von Eltern mit kleinen Kindern.

Ein höherer Frauenanteil sorgt nachweislich für eine andere politische Kultur: kooperativer, inklusiver, lösungsorientierter. Deshalb müssen wir die Bedingungen für politisches Engagement verbessern – strukturell, kulturell und finanziell.

Es gibt ermutigende Ansätze. Einige Kommunen haben bereits feste Schlusszeiten für Sitzungen eingeführt oder die Redezeiten begrenzt, um die Gremienarbeit familienfreundlicher zu gestalten. Andere bieten Eltern-Kind-Räume oder kommunale Kinderbetreuung während der Sitzungen an – etwa in Magdeburg, wo ein eigenes Eltern-Kind-Zimmer zur Verfügung steht. Einheitliche und faire Aufwandsentschädigungen können ebenfalls helfen, finanzielle Hürden abzubauen. Und Netzwerke bieten Raum für Austausch, Inspiration und strategische Unterstützung – insbesondere für Frauen, die neu in die Politik einsteigen.

Auch auf Bundesebene wird gehandelt: Das BMBFSFJ fördert gezielt Projekte zur Stärkung der politischen Teilhabe von Frauen in der Kommunalpolitik. Der Helene-Weber-Preis etwa würdigt herausragende kommunalpolitische Leistungen von Frauen und macht Vorbilder sichtbar. Im Aktionsprogramm „Kommune – Frauen in die Politik!“ wurden über 400 Einsteigerinnen durch ein bundesweites Mentoring-Programm begleitet – viele davon parteilos. Das zeigt, wie wichtig überparteiliche und niedrigschwellige Angebote sind. Das aktuelle Projekt „Frauen. Vielfalt. Politik. Demokratie vor Ort

„Demokratie lebt davon, dass sie alle Lebensrealitäten abbildet – auch die von Eltern mit kleinen Kindern.“

gestalten“, das in Zusammenarbeit mit der EAF Berlin und dem Deutschen Landfrauenverband durchgeführt wird, legt den Fokus auf ländliche Räume. Es stärkt Kompetenzen, baut strukturelle Barrieren ab und fördert gezielt die politische Repräsentation von Frauen vor Ort.

Trotz dieser Fortschritte bleibt viel zu tun. Es braucht ein gemeinsames Engagement aller Ebenen – von Ländern und Kommunen über die kommunalen Spitzenverbände bis hin zu den Parteien selbst. Eine offene, respektvolle und zeiteffiziente Sitzungs- und Debattekultur muss ebenso selbstverständlich werden wie transparente und faire Nominierungs- und Aufstellungsverfahren. Auch die digitale Gremienarbeit sollte weiter ausgebaut werden – nicht nur, um Abläufe effizienter zu gestalten, sondern auch, um politische Arbeit familienfreundlicher zu machen.

Wir brauchen mehr Respekt und echte Solidarität mit all jenen, die die Vereinbarkeit von

mit Baby auf dem Arm, ein Bürgermeister in Elternzeit – das passt für viele noch nicht ins gängige Bild. Gerade deshalb brauchen wir Vorbilder, die eine neue Normalität sichtbar machen.

Hinzu kommt: Die Arbeitsbelastung vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist enorm. 60- bis 70-Stunden-Wochen, ständige Erreichbarkeit, hoher Druck – auch in repräsentativen Funktionen – führen oft dazu, dass sich Menschen mit Familienpflichten gar nicht erst bewerben. Diese strukturelle Überlastung macht das Amt unattraktiv und gefährdet die demokratische Teilhabe.

Auch die Parteien tragen Verantwortung. Frauen müssen frühzeitig, kontinuierlich und gezielt angesprochen und gefördert werden. Es braucht verbindliche Regelungen zur

Familie, Beruf und Ehrenamt aktiv leben. Das Bild politischer Führung ist noch zu oft geprägt von überholten Vorstellungen. Eine Bürgermeisterin

Gleichstellung. Ein Paritätsgesetz könnte ein weiterer Schritt sein, um Frauen und Männer gleichermaßen in der Politik zu vertreten. Ich begrüße sehr, dass sich die Wahlrechtskommission weiter mit dieser Frage befasst. Wir brauchen bundesweit eine offene und breite Debatte darüber – und ich will sie gerne führen.

Denn das Ziel bleibt klar: **Amt und Kind – das muss zusammen möglich sein!** Dafür lohnt es sich zu werben und zu kämpfen!



KARIN PRIEN

Bundesministerin für
Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Foto: Dominik Buzman/BMF/SFJ/photobank.de

ANZEIGE

BEVOR ES KNALLT

UMGANG MIT POPULISMUS LERNEN

Hassrede und Hetze vergiften den gesellschaftlichen Dialog. In unseren Workshops lernen Sie praxisnahe Strategien, um populistischen Parolen im Alltag wirksam zu begegnen und demokratische Werte selbstbewusst zu vertreten.

JETZT
WORKSHOP
BUCHEN:

Henning Mahler
01525 5493806
mahler@ask-berlin.de

ASK





Foto: Adobe Stock

Bürgermeister*in zu sein heißt oft: rennen, um überall gleichzeitig zu sein – und doch nie ganz anzukommen.

„Papa, ich möchte nicht, dass du weiter Bürgermeister bist ...“

Wenn das Amt zur Belastung wird

„Mama, du bist nie zu Hause ...“ So oder ähnlich hören es viele junge Bürgermeisterinnen von ihren Kindern – Sätze, die mitten ins Herz treffen und die zentrale Herausforderung ihres Amtes in wenigen Worten zusammenfassen. Die Vereinbarkeit von kommunaler Verantwortung und Familie ist nicht nur eine Frage des Zeitmanagements, sondern ein komplexes Spannungsfeld zwischen öffentlichen Erwartungen, Partnerschaft und Kinderbetreuung.

Für junge Bürgermeister*innen ist das Amt eine Vollzeitaufgabe – das wissen sie spätestens dann, wenn die ersten Kinder da sind. Unsere Befragung hat gezeigt, was viele längst ahnten:

„Der Job ist, egal wie man es dreht, familienfeindlich.“

Während berufliche Belastungen, lange Sitzungen oder öffentliche Termine anstrengend sind, werden die privaten Konflikte als weitaus belastender empfunden. Besonders die Spannungen mit Partnern und Kindern nehmen dabei eine herausragende Rolle ein – sie sind der eigentliche Schmerzpunkt im

Alltag. Ein Bürgermeister brachte es in der Befragung auf den Punkt: „Der Job ist, egal wie man es dreht, familienfeindlich.“

Konflikte im familiären Umfeld sind nicht nur zahlreich, sie wiegen auch schwer. Es sind die Kinder, die die Abwesenheit ihrer Eltern am unmittelbarsten spüren. Ein Bürgermeister berichtete, dass sein Sohn aus erster Ehe seit Kurzem nicht mehr am Wochenende zu ihm kommen möchte, weil die Termine zu viel Zeit beanspruchen. Solche Worte zu hören – „Papa,

du hast nie Zeit für mich“ – trifft mitten ins Herz. Sie zeigen, dass nicht nur die Amtsinhaber*innen selbst, sondern vor allem die Kinder die Belastung tragen.

„Zu wenig Zeit, um Freundschaften zu pflegen. Zu wenig Zeit für die Kinder, zu wenig Zeit als Paar.“

Freundschaften verkümmern, gemeinsame Freizeit wird knapp, Erholung bleibt auf der Strecke. Viele Partner*innen fühlen sich alleingelassen, einige berichten sogar davon, dass sie sich zeitweise wie Alleinerziehende fühlen. Paarzeit wird zum seltenen Gut. Eine Bürgermeisterin fasste es schlicht zusammen: „Zu wenig Zeit, um Freundschaften zu pflegen. Zu wenig Zeit für die Kinder, zu wenig Zeit als Paar.“

Doppelte Belastung für Frauen

Frauen stehen noch einmal unter einem besonderen Druck. Sie berichten von einer „permanenten öffentlichen Beobachtung“, von Fragen, die man Männern so nie stellen würde, und von Anfeindungen innerhalb der eigenen Familie. Besonders schmerzhaft: Wenn Schwiegereltern oder Geschwister des Partners Zweifel äußern, ob die Kinder wegen des Amtes zu kurz kämen. Gleichzeitig bleibt der „Mental Load“ bestehen – die innere Verantwortung für Familie und Haushalt, die auch dann nicht verschwindet, wenn Partner und Großeltern tatkräftig unterstützen.

*„Bei drei kleinen Kindern,
Teilzeitjob und Bürgermeisteramt
wäre das Amt ohne absolute
Unterstützung durch meinen Mann
und die Schwiegereltern nicht
möglich gewesen.“*

Eine ehrenamtliche Bürgermeisterin schildert es so: „Bei drei kleinen Kindern, Teilzeitjob und Bürgermeisteramt wäre das Amt ohne absolute Unterstützung durch meinen Mann und die Schwiegereltern nicht möglich gewesen.“ Andere erzählen von drastischen Rollenwechseln, in denen plötzlich der Partner das gesamte Familienleben organisieren musste, während die Bürgermeisterin Abend für Abend im Rathaus oder auf Terminen unterwegs war.

Zwischen Rathaus und Spielplatz

Manche versuchen pragmatische Lösungen zu finden: Kinder mit zu Veranstaltungen nehmen, dienstliche Termine als Familienzeit nutzen oder die Ferien bewusst freihalten. Doch die meisten sind sich einig – es bleibt ein ständiger Balanceakt, der nie ganz aufgeht. Der Druck der ständigen Erreichbarkeit, die Vielzahl an Abendterminen und die Erwartung, jederzeit präsent zu sein, lassen sich nur selten mit dem Rhythmus einer Familie vereinbaren.

Ein Ergebnis, das aufrütteln muss

Die Befragung hat ein klares Bild ergeben: Die privaten Herausforderungen junger Bürgermeister*innen übersteigen die beruflichen Belastungen deutlich. Während im Rathaus digitale Tools und flexible Abläufe manches erleichtern können, lösen sie nicht die ständige Doppelbelastung zwischen der Verantwortung für die Stadt und der Verantwortung für die eigene Familie.

Die Konsequenz ist ebenso einfach wie unbequem: Ohne ein stabiles familiäres Netzwerk, eine extrem asymmetrische Aufgabenteilung ist dieses Amt für junge Eltern kaum zu

stemmen. „Stadtoberhaupt zu sein ist ein Fulltime-Job! Entweder man hat den Partner dazu, der den größten Teil der Familienarbeit übernimmt, oder es kann nicht funktionieren.“

*„Stadtoberhaupt
zu sein ist ein
Fulltime-Job!“*

ren“, resümiert ein Bürgermeister. Besonders für Frauen, die noch immer stärker unter den Rollenerwartungen leiden, bedeutet das eine zusätzliche Hürde.

Wenn Kinder sich beklagen, dass man immer im Rathaus und nie zu Hause sei, ist das nicht nur ein persönliches Drama. Es macht sichtbar, wie sehr die Familie das Amt – ungefragt – mittragen muss und dabei zu oft auch mitleidet.

Was sich ändern müsste

Damit Bürgermeister*innen ihr Amt auch mit Kindern und Familie vereinbaren können, braucht es ein Umdenken. Strukturen müssen familienfreundlicher werden: weniger Pflichttermine am Abend, mehr digitale Formate, eine Kultur, die Verfügbarkeit nicht mit Leistungsfähigkeit verwechselt. Vor allem aber braucht es eine politische Wertschätzung, die klarstellt: Auch ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin darf Zeit für die Familie haben – ohne dass dies als Schwäche gilt.

Dann könnten Kinder vielleicht eines Tages selbstverständlich sagen „Mein Papa ist Bürgermeister – und immer für mich da.“



HENNING
WITZEL

Verbandsgeschäftsführer
des Netzwerks Junge
Bürgermeister*innen

Foto: Lisa Johannsen-Koppitz

Der Mental Load bleibt: Verantwortung für die Familie endet nicht an der Rathausstür.



HINWEIS ZU DEN ZITATEN:

Alle Aussagen im Beitrag stammen aus der anonymen Befragung, die wir zu diesem Heft unter den Bürgermeister*innen durchgeführt haben. Selbst auf direkte Nachfrage wollte niemand, dass ein namentliches Zitat oder ein Beitrag mit Namen veröffentlicht wird, wenn der Fokus auf den kritischen Aspekten von Vereinbarkeit lag. Die anonymen Ergebnisse zeigen jedoch deutlich, dass diese Herausforderungen real und belastend sind. Das verdeutlicht, wie sensibel das Thema Vereinbarkeit von Amt und Familie ist und wie viel Druck viele in ihrem Alltag spüren.



Vereinbarkeit von Amt und Familie – was sich ändern muss

Zwischen Rathaus und Kinderzimmer:
Wie wir die Vereinbarkeit verbessern können

VON HENNING WITZEL

Die Beiträge in diesem Heft zeigen eines deutlich: Die Vereinbarkeit von Amt und Familie ist kein Randthema, sondern eine zentrale Herausforderung, die weit über organisatorische Fragen hinausgeht. Für viele junge Bürgermeister*innen gehören lange Arbeitszeiten, ständige Erreichbarkeit und die Erwartungen von Bürger*innen, Verwaltung und politischem Umfeld zum Alltag. Die größte Belastung liegt jedoch nicht in den politischen Konflikten, sondern im familiären Umfeld. Kinder und Partner*innen spüren die Abwesenheit unmittelbar – und zu oft bleibt die Familie auf der Strecke.

„Vereinbarkeit ist keine private Frage – sie ist eine politische Notwendigkeit.“

Alltag – wie Kinder zu Terminen mitzunehmen oder Ferien bewusst freizuhalten – helfen zwar, lösen aber nicht das

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es nicht allein um individuelle Anpassungen geht. Flexible Arbeitszeiten, digitale Gremienarbeit oder kreative Lösungen im

strukturelle Problem. Die Amtstätigkeit lässt sich kaum vollzeitgerecht auf Teilzeit reduzieren, Elternzeit wird formal kaum gewährt, und die Erwartungen an ständige Verfügbarkeit bleiben bestehen. Ohne ein stabiles familiäres Netzwerk ist das Amt für junge Eltern kaum zu stemmen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich einige zentrale Forderungen ableiten:

Strukturelle Rahmenbedingungen:

Das Amt ist ein Vollzeitjob, der mit klassischen Teilzeit- oder Elternzeitmodellen kaum vereinbar ist. Deshalb braucht es klare rechtliche Rahmenbedingungen:

- Realistische Möglichkeiten für Teilzeit im Amt und Elternzeit für alle Amtsinhaber*innen, unabhängig vom Geschlecht.

- Ein verbindlicher Anspruch auf bezahlte Elternzeit für Bürgermeister*innen.

- Teilzeitmodelle, die tatsächlich umsetzbar sind, etwa durch Stellvertretungsregelungen oder digitale Arbeitsformen.

- Verbindliche Leitlinien zur Sitzungskultur: feste Endzeiten, Begrenzung nächtlicher Sitzungen und mehr digitale oder hybride Formate.

Kulturelle Veränderungen:

Nicht alles ist eine Frage von Paragraphen. Die politische Kultur selbst entscheidet, ob Vereinbarkeit gelingt oder scheitert. Zu oft wird ständige Verfügbarkeit als Maßstab für Leistungsfähigkeit gesehen – ein Signal, das junge Eltern ausschließt. Es braucht:

- Respekt, Verständnis und politische Wertschätzung für familiäre Verpflichtungen: Bürgermeister*innen dürfen Familie und Kinder priorisieren, ohne dass dies als Schwäche gilt.

- Eine offene, respektvolle und geschlechtergerechte Debattenkultur in Gremien. Ein Ende informeller, männlich geprägter Netzwerke, die Karrieren bestimmen und junge Eltern außen vor lassen.

- Sichtbare Vorbilder, die zeigen, dass Amt und Elternschaft vereinbar sind.

Praktische Entlastung der Familien:

- Kommunale Kinderbetreuung während Sitzungen, Eltern-Kind-Zimmer in Rathäusern oder flexible Betreuungsangebote für Abendtermine.

- Netzwerke, Mentoring-Programme und Austauschmöglichkeiten, insbesondere für Frauen und Neueinsteiger*innen.

- Einheitliche, faire Aufwandsentschädigungen, die auch Teilzeit-Engagement oder zeitlich begrenzte Engagementphasen berücksichtigen.

Realistische Grenzen:

Trotz aller Anpassungen bleibt das Bürgermeisteramt ein Fulltime-Job mit hoher Verantwortung. Eine vollständige „Normalisierung“ der Arbeitszeiten ist in vielen Kommunen nicht möglich. Lösungen müssen deshalb pragmatisch sein: Priorisierung, Arbeitsteilung im familiären Umfeld, Unterstützung durch Partner*innen und klare Strukturen im Rathaus.

Es geht nicht darum, die Lebensqualität einzelner Amtsinhaber*innen zu steigern. Es geht um die Zukunft der Demokratie vor Ort. Wenn junge Menschen mit Familie das Amt nicht übernehmen können, fehlt es den Kommunen an Vielfalt, Perspektiven und langfristigem Engagement. Mehr Frauen, mehr junge Eltern, mehr Lebensrealitäten im Amt machen Politik nicht schwächer, sondern stärker – kooperativer, inklusiver und lösungsorientierter.

Die Umfrage und Erfahrungsberichte zeigen deutlich: Nur wenn strukturelle, kulturelle und finanzielle Rahmenbedingungen gleichzeitig verbessert werden, kann das Amt für junge Menschen und Familien attraktiv bleiben. Das Bürgermeisteramt muss mit Kind und Familie vereinbar sein – ohne dass private Opfer zum unvermeidlichen Normalfall werden. Eines steht fest: Amt und Kind müssen zusammen möglich sein.

„Amt und Familie dürfen kein Widerspruch sein. Wenn junge Eltern sich kein Bürgermeisteramt mehr zutrauen, verliert die Demokratie an Zukunft.“



Kommunalkids, Tracht und „Präsidenten-Selfie“

Das Netzwerk beim Bürgerfest im Schloss Bellevue



Foto: Marcelo Rebelo de Sousa

Portugals Staatspräsident (r.) griff kurzerhand selbst zum Handy, um ein Selfie mit den jungen Bürgermeister*innen zu machen.

Nachdem wir im vergangenen Jahr mit einem eigenen Stand beim Bürgerfest des Bundespräsidenten vertreten waren, durften wir diesmal als Gast am Stand der Stiftung Mercator mit dabei sein, als Frank-Walter Steinmeier Mitte September Vereine und Initiativen aus ganz Deutschland in den Schlosspark Bellevue einlud – erneut ein echtes Highlight für das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen!

Ein großer Dank geht an alle, die das Netzwerk so stark repräsentiert haben: hervorgehoben Matthias Beer, der das Spiel Rathauskids im Gepäck hatte, und Claudia Brandes, die bis zum Schluss die Stellung gehalten hat. Sowie das ganze Netzwerk-Team mit Johannes Albert, Jonas Breig, Julia Samtleben, André Stenda, Madeline Temme, Wiebke Sahin-Connolly, Ulrich Richter-Hopprich und Mar-



Foto: privat

Henning Witzel, Matthias Beer und Claudia Brandes am Stand

tin Aßmuth mit Familie in traditioneller Hofstettener Tracht. Und natürlich unser Bundesvorsitzender Michael Salomo, der seinen Geburtstag direkt auf dem Fest feiern konnte!

Ein besonderes Dankeschön geht an unsere Gastgeber*innen von der Stiftung Mercator, insbesondere an Maria Lenk und Pascale Ley, für die Einladung und die tolle Unterstützung.

Und das schönste Erlebnis? Ganz sicher unser „Präsidenten-Selfie“ mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dem portugiesischen Staatspräsidenten Marcelo Rebelo de Sousa. Letzterer fand das Foto von Michael Salomo offenbar nicht ganz gelungen – und griff kurzerhand selbst zu Michaels Handy, um ein besseres Selfie zu machen. Ein Moment voller Nähe, Leichtigkeit und Verbundenheit ...

... bis Matthias Beer sich das Bild anschließend etwas genauer anschaute: Um sicherzustellen, dass auch das Netzwerk-Logo auf dem Bild zu sehen ist, schleppte er in letzter Sekunde einen NJB-Papphocker herbei – sehr zum Unmut der Personenschützer, die seinen plötzlichen „Einsatz“ wohl etwas anders interpretierten. Zum Glück blieb es bei einem missmutigen Gesichtsausdruck.

Das Bürgerfest war erneut ein Ort der Begegnung und Inspiration: mit spannenden neuen Kontakten, Gesprächen über Demokratie und Engagement – und sogar der Entdeckung, dass es tatsächlich eine Koch-Nationalmannschaft der Bundeswehr gibt. Warum eigentlich nicht auch eine der Bürgermeister*innen? Wer von euch kann gut kochen?

Danke an alle, die dabei waren – es war wieder einmal unvergesslich!



„Kommunalkids“ erfolgreich gespielt!



Unser Bundesschatzmeister Martin Aßmuth mit Familie in traditioneller Hofstettener Tracht

Fotos: privat

ANZEIGE

RESPEKT STATT BEDROHUNG!

Hass und Gewalt haben keinen Platz in der Kommunalpolitik.
Schützen Sie sich – die starke Stelle hilft.

☎ 0800-300 99 44
🌐 www.starkestelle.de
✉ info@starkestelle.de

**starke
Stelle**

Ihr Kontakt gegen
Gewalt im Amt

Gefördert durch:

Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Fantastischer Blick aus dem Bürofenster
auf Fernsehturm und den S-Bahnhof
Hackescher Markt

HAUPTSTADT-
BÜRO

Mitten in Berlin – mitten im Geschehen

Neue Geschäftsstelle als Meilenstein für das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen

VON HENNING WITZEL, VERBANDSGESCHÄFTSFÜHRER
DES NETZWERKS JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

Seit dem 1. September 2025 hat das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen ein Hauptstadtbüro – mitten in Berlin, direkt am Hackeschen Markt, mit Blick auf den Fernsehturm. Ein Ort, der schon jetzt Symbol für unsere Entwicklung hin zu einer festen Stimme junger kommunaler Politik in Deutschland ist.

Noch ist das Büro im Aufbau: Schreibtische, Rollcontainer und Regale stehen (ein riesiges Dankeschön an Johannes Albert und Jonas Breig für die tatkräftige Unterstützung!), das Neon-Schild ist geliefert und sucht nun seinen endgültigen Platz an der Wand. Auch eine erste hybride Vorstandssitzung haben wir hier schon durchgeführt. Computer, Zimmerpflanzen, Bilder und Schreibtischstühle fehlen noch. Doch was hier entsteht, ist weit mehr als ein paar Arbeitsplätze: Es ist ein Ort, an dem Ideen wachsen, Strategien erörtern und junge Bürgermeister*innen ihre Anliegen bündeln können. Ein sichtbares Zeichen dafür, dass unser Netzwerk weiterwächst und sich professionalisiert.

Auf dem Weg zur Geschäftsstelle

Mit Unterstützung der Stiftung Mercator bereiten wir den Aufbau unserer kleinen Geschäftsstelle vor. Die finale Förderentscheidung fällt Ende November – und wir sind zuversichtlich: Ab 2026 sollen die ersten hauptamtlichen Mitarbeitenden starten und das Netzwerk langfristig stärken.

Die Stellenprofile für zwei Projektreferent*innen und eine Stelle für Organisation und Verwaltung sind bereits fertig. Ein bis zwei Werkstudent*innen sollen das Team künftig ergänzen. Jetzt müssen wir nur noch die

richtigen Kolleg*innen finden – Menschen, die unsere Begeisterung für Kommunalpolitik teilen und Lust haben, mit uns neue Wege zu gehen.

Von der Idee zum Verein

Im Rückblick wird einem erst bewusst, welche Erfolgsgeschichte wir bereits geschrieben haben: 2017 formulierte Michael Salomo erstmals die Idee, junge Bürgermeister*innen bundesweit zu vernetzen. 2019 trafen sich in Berlin rund 40 junge Bürgermeister*innen zum Kick-off, und am 6. September desselben Jahres wurde das Netzwerk in Bad Soden-Salmünster gegründet – zunächst als loser Verbund, drei Jahre später als gemeinnütziger Verein im Rahmen einer DStGB-Konferenz in Berlin.

Was klein begann, ist heute zu einer festen Stimme junger kommunaler Politik in Deutschland geworden – getragen von euch jungen Bürgermeister*innen, die zeigen, wie viel Engagement, Kreativität und Innovationskraft in unseren Kommunen steckt.

Ein Ort für Austausch, Zusammenarbeit und Sichtbarkeit

Jetzt also das Hauptstadtbüro: ein Ort für noch mehr Austausch, noch mehr Zusammenarbeit und noch mehr Sichtbarkeit. Hier werden neue Ideen ausprobiert, Projekte geplant und Gespräche geführt – mitten im Herzen Berlins, umgeben von Energie, Geschichte und der pulsierenden Hauptstadt.

Dank eurer Spenden konnten wir uns
diese Neontafel mit Netzwerk-Logo leisten.



Unser Netzwerk ist gekommen, um zu bleiben. Es steht für die Innovationskraft unserer Kommunen, für ehrenamtliches Engagement über die eigene Stadt hinaus und für den Gestaltungswillen einer ganzen Generation von Bürgermeister*innen.

Ich freue mich, dass ich – weder jung noch Bürgermeister – diesen Weg von Anfang an begleiten durfte. Und ich freue mich umso mehr auf die nächsten Schritte, das wachsende Team, die neuen Ideen und all die Begegnungen, die noch vor uns liegen.

Kommt vorbei

Ihr seid in Berlin? Dann schaut unbedingt mal rein! Unser Hauptstadtbüro findet ihr im Projektzentrum Berlin (PZB) der Stiftung Mercator, Neue Promenade 6, direkt am S-Bahnhof Hackescher Markt – offen für Besuch, Gespräche und gute Ideen.



Fotos: Henning Witzel

PRAXIS IMPULSE

Praxis und Austausch –
Beiträge zu innovativen Methoden
und Prozessen

S. 30-31

**„Charly“ am Telefon –
eine KI-Assistenz,
entwickelt für Kommunen,
mit Kommunen**

Zeitgeist

S. 32-33

**Endlagersuche für
hochradioaktive Abfälle –
was Kommunen jetzt
wissen sollten**

BASE

S. 34

**Autonomer ÖPNV
als Chance zur flächen-
deckenden Mobilitäts-
sicherung**

PWC

IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion: Henning Witzel (V.i.S.d.P.), Birgit GÜll, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Anzeigen: Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK. **Layout & Satz:** ASK. **Erscheinungstermin:** 11/2025

„Charly“ am Telefon – eine KI-Assistenz, entwickelt für Kommunen, mit Kommunen

Wie Kommunen und das Berliner Unternehmen „Zaitgeist“ gemeinsam den Bürgerservice neu denken

Künstliche Intelligenz (KI) ist in aller Munde – doch viele Rathäuser stehen noch vor der Frage: Welche Anwendung passt wirklich zu den Bedürfnissen meiner Kommune? Zwischen Datenschutz, Akzeptanz und Mehrwert für Bürger*innen ist der Schritt in die digitale Zukunft kein Selbstläufer. Dass es aber gelingen kann, zeigt ein Beispiel aus dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen: Gemeinsam mit dem Berliner Unternehmen Zaitgeist haben mehrere Kommunen den KI-Telefonassistenten „Charly“ entwickelt – einen digitalen Kollegen, der verblüffend menschlich wirkt und bis zu 80% aller Routinefragen übernehmen kann. Er entlastet Mitarbeitende und unterstützt Bürger*innen rund um die Uhr in über 30 Sprachen.

Vom Stammtisch zur Entwicklungspartnerin

Den Anstoß gab ein digitaler Stammtisch des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen. Dort stellten die zwei Gründer von Zaitgeist – Niklas Sievers und Dr. Son Pham – ihre Idee vor: eine sichere und kommunal angepasste KI, die am Telefon Fragen beantwortet, die in den Verwaltungen täglich dutzendfach gestellt werden. Die Resonanz war sofort groß.

„Schon beim ersten Austausch überzeugte das Unternehmen so sehr, dass sich spontan mehrere Bürgermeister*innen als Entwicklungspartner*innen fanden“, berichtet Henning Witzel, Geschäftsführer des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen. Bereits nach wenigen Wochen konnten die ersten Kommunen den für sie spezifisch angepassten Charly live schalten – und viele Anfragen weiterer Kommunen folgten. Für Witzel ist das Projekt ein Paradebeispiel



Ein Paradebeispiel gelungener Innovationskultur. Im neuen Büro des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen treffen sich (v.l.n.r.): Dr. Son Pham (Zaitgeist, Co-Gründer), Maren Busch (VG Diez, Bürgermeisterin), Julia Samtleben (Stockelsdorf, Bürgermeisterin), Niklas Sievers (Zaitgeist, Co-Gründer).

gelungener Innovationskultur: „Mit Charly zeigt Zaitgeist, wie KI den kommunalen Alltag spürbar erleichtern kann – und wir als Netzwerk Junge Bürgermeister*innen sind mittendrin! So wird moderner Bürgerservice greifbar – gemeinsam, praxisnah und innovativ.“

KI trifft kommunale Realität

In Stockelsdorf (Schleswig-Holstein) ist Charly seit Ende September offiziell im Einsatz. Die lebensechte Gesprächsführung mit Charly traf schnell auf breite Begeisterung. Charly übernimmt hier Anrufe während und außerhalb der Öffnungszeiten, beantwortet Routinefragen zu Themen wie Ausweis, Anmeldung oder Führungszeugnis. Auf Wunsch leitet Charly komplexere Anliegen an die zuständigen Mitarbeitenden weiter oder schickt ihnen eine E-Mail mit einer Rückrufbitte. Wer prinzipiell lieber mit einem Menschen spricht, kann auch direkt „Telefonzentrale“ sagen und wird verbunden. „Charly bringt schon heute einen wahnsinnigen Mehrwert“ bestätigte Philipp Götting, Stabstelle für Digitalisierung in Stockelsdorf.

Gemeinsam lernen – gemeinsam verbessern

Mehrere engagierte Kommunen begleiten Charlys Entwicklung aktiv und gestalten die Einführung als gemeinsames Lernprojekt. So wurde Charly in der Verbandsgemeinde Diez (Rheinland-Pfalz) im Rahmen einer offenen Testphase einen Monat lang von Bürger*innen ausprobiert und bewertet. Eine besonders schöne Überraschung: Kein einziges negatives Feedback wurde von den Bürger*innen eingereicht, wie die Projektkoordination der VG Diez, Heike Klein und Oliver Schäffer, berichtet.

BÜRGERMEISTERIN
JULIA SAMTLEBEN BESCHREIBT
DEN START ALS MEILENSTEIN:

„Mit Charly starten wir in eine neue Ära des Bürgerservice. Unser Ziel ist es, jederzeit für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger so barrierefrei wie möglich erreichbar zu sein – unabhängig von Sprachen und Öffnungszeiten. Charly entlastet unser Team im Rathaus und sorgt gleichzeitig dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger schneller Antworten auf ihre Fragen bekommen.“



Auch in Herzebrock-Clarholz (Nordrhein-Westfalen) und in Petersberg bei Fulda startet Charly zeitnah seinen ersten Tag am Telefon. Gemeinsam tragen diese Kommunen dazu bei, Charly kontinuierlich zu verbessern und die Anwendung in der Praxis weiterzuentwickeln.

Datenschutz, Zuverlässigkeit und Akzeptanz

Gerade bei KI-Assistenten sind Zuverlässigkeit und Datenschutz entscheidend. „Vom ersten Tag an waren die Datenschutzbeauftragten Teil von Charlys Entwicklung“, betont Zaitgeist-Co-Gründer Niklas Sievers. „Wir wollten jeden Aspekt von Beginn an gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern gestalten – dabei war der Datenschutz ein zentrales Thema.“

Damit Charly verlässlich die richtigen Informationen liefert, setzt Zaitgeist auf ein mehrstufiges Verfahren aus Onboarding, Training und laufenden Zufriedenheitsanalysen. Die Wissensdatenbank entsteht in enger Zusammenarbeit von Technologie und Fachexpertise – mit minimalem Aufwand für die Kommunen und ohne dass personenbezogene Daten preisgegeben werden.

Fazit: Ein Modell für die Zukunft der kommunalen Digitalisierung

Was das Projekt besonders macht: Es ist nicht „von oben“ eingeführt, sondern aus der kommunalen Praxis heraus entstanden. Die



Auf [Zaitgeist.com/Charly](https://www.zaitgeist.com/Charly) können Sie Charly ebenfalls selbst sprechen.



Digitaler Fortschritt in der Bürgerpartizipation ist auch auf Bundesebene eine Priorität. Hier: Verena Hubertz (Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen) zusammen mit den Zaitgeist Gründern.

Kommunen gestalten die KI aktiv mit, passen sie an ihre Bedürfnisse an und teilen ihre Erfahrungen. So entsteht kollektives Lernen – quer durch Verwaltungsgrößen, Regionen und Strukturen.

Henning Witzel zieht eine erste Zwischenbilanz: „Die enge Zusammenarbeit mit den Gründer*innen von Zaitgeist war durchweg positiv und zeigt: Innovation funktioniert am besten, wenn sie aus den Bedürfnissen der Kommunen gedacht und gemeinsam mit den Kommunen entwickelt wird.“

Richtig eingesetzt, kann KI die kommunale Arbeit spürbar erleichtern, Mitarbeitende entlasten und Bürger*innen einen besseren Service bieten. Charly steht stellvertretend für eine neue Generation kommunaler Innovation: partnerschaftlich, bürgernah und zuverlässig.

ZAITGEIST

Das Berliner Unternehmen „Zaitgeist“

Die Zaitgeist Innovation Group GmbH wurde von Niklas Sievers und Dr. Son Pham gegründet. Das Unternehmen entwickelt KI-Assistenten im Schulterschluss mit Kommunen, die speziell für die Anforderungen der Kommunalverwaltung geeignet sind. Mit ihrem bekanntesten KI-Assistenten, „Charly“, hat Zaitgeist den ersten KI-Telefonassistenten speziell für die Kommunalverwaltung geschaffen. Das Unternehmen arbeitet eng mit mehreren Kommunen aus dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen zusammen.

Kontakt:

info@zaitgeist.com oder
030 7566 5555

Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle – was Kommunen jetzt wissen sollten

Anfang November zeigte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit der Veröffentlichung vorläufiger Arbeitsstände, wie die Suche nach einem Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle voranschreitet. Denn nach rund 60 Jahren Atomenergienutzung bleibt eine zentrale Frage: Wohin mit den besonders gefährlichen hochradioaktiven Abfällen? Bislang gibt es in Deutschland kein Endlager dafür. Nun haben wir die Aufgabe, einen dauerhaft sicheren Standort tief unter der Erdoberfläche zu finden – und zwar so, dass er für eine Million Jahre Bestand hat.

Die Suche nach diesem Standort betrifft das gesamte Land. Sie ist eine Verantwortung für uns alle und sie ist von historischer Tragweite. Dabei haben die Kommunen eine Schlüsselrolle. Kommunalvertreter:innen sind nicht nur erste Ansprechpersonen für Fragen und Sorgen ihrer Bürger:innen, sondern auch aktive Mitgestalter:innen im Suchverfahren.

Ein Umweltprojekt von Bedeutung für Generationen

Grundlage des Suchverfahrens ist das Standortauswahlgesetz – es legt den Weg zur Standortentscheidung fest. In drei Phasen werden geeignete Regionen ermittelt. Das Standortauswahlverfahren startete von einer „weißen Landkarte“. Das bedeutet, dass zu Beginn alle deutschen Bundesländer und alle Regionen in die Suche einbezogen wurden. Die Gebiete werden zunächst auf Basis von vorhandenen geologischen Daten und in den folgenden Phasen mittels Erkundungsprogrammen auf ihre Eignung untersucht. Dabei wird ausgeschlossen, bewertet und verglichen, bis am Schluss der Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für ein Endlager übrigbleibt.

Phase I: Ermittlung von Teilgebieten und Standortregionen

In der Phase I sammelt die BGE, das mit der Suche beauftragte Unternehmen, geologische Daten der Bundesländer und wertet diese nach gesetzlich festgelegten Kriterien aus. Dazu gehören Ausschlusskriterien wie Erdbebengefahr, Vulkanismus oder Schädigungen des Untergrundes durch Bergbau. Des Weiteren untersucht die BGE, welche

Gebiete aus ihrer Sicht die Mindestanforderungen erfüllen. Zum Beispiel sollen 300 Meter Gestein das Endlager von der Erdoberfläche trennen. Eine ausreichend starke Schicht aus Kristallin, Salz oder Ton muss das Endlager umgeben.



„Kommunen können Vertrauen schaffen und dieses Projekt für viele Generationen mitgestalten – denn die Suche nach dem sichersten Standort gelingt nur gemeinsam.“

Damit alle Beteiligten einen frühen Einblick in den Stand der Auswahl bekommen, hat die BGE 2020 in einem Zwischenbericht 90 Teilgebiete ausgewiesen – der Startschuss, um später zu wenigen Standortregionen zu kommen. Die BGE prüft aktuell alle Teilgebiete auf Herz und Nieren: In mehreren Prüfschritten wird auf Grundlage vorhandener geologischer Daten ermittelt, ob der Gebirgsbereich – sei es Ton-, Salz- oder Kristallingestein – die hochradioaktiven Abfälle sicher einschließen kann.

Ende 2027 soll auf Basis dieser Prüfschritte der Vorschlag der BGE für die übertägig zu erkundenden Standortregionen stehen, den die BGE an das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) übermittelt. Das BASE ist Aufsichtsbehörde und Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren. Das BASE prüft

den Vorschlag der BGE und richtet in jeder der vorgeschlagenen Regionen eine Regionalkonferenz ein. Sie sind die wichtigsten Formate zur Beteiligung der Öffentlichkeit vor Ort und können beispielsweise Stellungnahmen abgeben, Nachprüfaufträge stellen oder wissenschaftliche Expertise einholen. Am Ende der Beteiligung und Überprüfung übermittelt das BASE dann den Vorschlag an die Bundesregierung. Welche Gebiete weiter erkundet werden sollen, entscheidet der Bundestag per Gesetz.

Phase II: Übertägige Erkundung

In Phase II finden übertägige Erkundungen in den Standortregionen statt. Die BGE untersucht den Untergrund z. B. durch Erkundungsbohrungen und seismische Messungen. Dadurch erhält das Unternehmen ein genaues Bild der Geologie. Auf dieser Basis schlägt sie vor, welche Standorte in Phase III übertägig erkundet werden sollen. Auch hier prüft das BASE den Vorschlag und bezieht die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung mit ein, bevor abschließend wieder der Gesetzgeber entscheidet.

Phase III: Untertägige Erkundung

Für Phase III sieht das Standortauswahlgesetz eine übertägige Erkundung von mindestens zwei Standorten durch die BGE vor. Geolog:innen untersuchen mit Bohrungen und in Bergwerken das Gestein. Auf Grundlage einer vergleichenden Bewertung der Erkundungsdaten legt die BGE einen Standortvorschlag vor. Das BASE bewertet die Ergebnisse aus den Untersuchungen sowie aus dem Beteiligungsverfahren und schlägt den Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit vor. Über den Standort entscheidet abschließend der Bundestag per Gesetz.

Was derzeit im Verfahren passiert

Der nächste Meilenstein im Verfahren wird Ende 2027 erreicht, wenn die BGE den Vorschlag für die Standortregionen vorlegen wird. Damit die Arbeitsfortschritte der BGE für die Öffentlichkeit bis dahin nachvollziehbar und transparent bleiben, veröffentlicht die

BGE jährlich Arbeitsstände zur Eingrenzung der Teilgebiete. Die ersten Arbeitsstände hat die BGE am 4. November 2024 veröffentlicht. In diesem Jahr folgte eine weitere Veröffentlichung am 3. November. Die Arbeitsstände erlauben einen Einblick in die Arbeitswerkstatt der BGE, sind jedoch vorläufiger Natur.

Das zentrale Format zur Beteiligung der Öffentlichkeit ist aktuell das Forum Endlagersuche. Es findet einmal pro Jahr statt und wird vom Planungsteam Forum Endlagersuche vorbereitet. Darin engagieren sich gewählte Vertreter:innen von Kommunen, Bürger:innen, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der jungen Generation und beraten sich mit Vertreter:innen der BGE, dem BASE und dem Nationalen Begleitgremium (NBG), einem pluralistisch zusammengesetzten gesellschaftlichen Gremium, das die Endlagersuche unabhängig begleitet.

Am 21. und 22. November 2025 können sich Kommunen und alle Interessierten beim nächsten Forum Endlagersuche in Hannover (und digital) über die Arbeitsstände der BGE sowie über Themen der Aufsicht bei der Endlagersuche, Fragen der Beschleunigung des Suchverfahrens und die Vorbereitung der Regionalkonferenzen informieren und austauschen. Am Vorabend des Forums, am 20. November, findet ein Vernetzungstreffen statt. Mehr Informationen finden Sie unter <https://forum-endlagersuche.de/>.

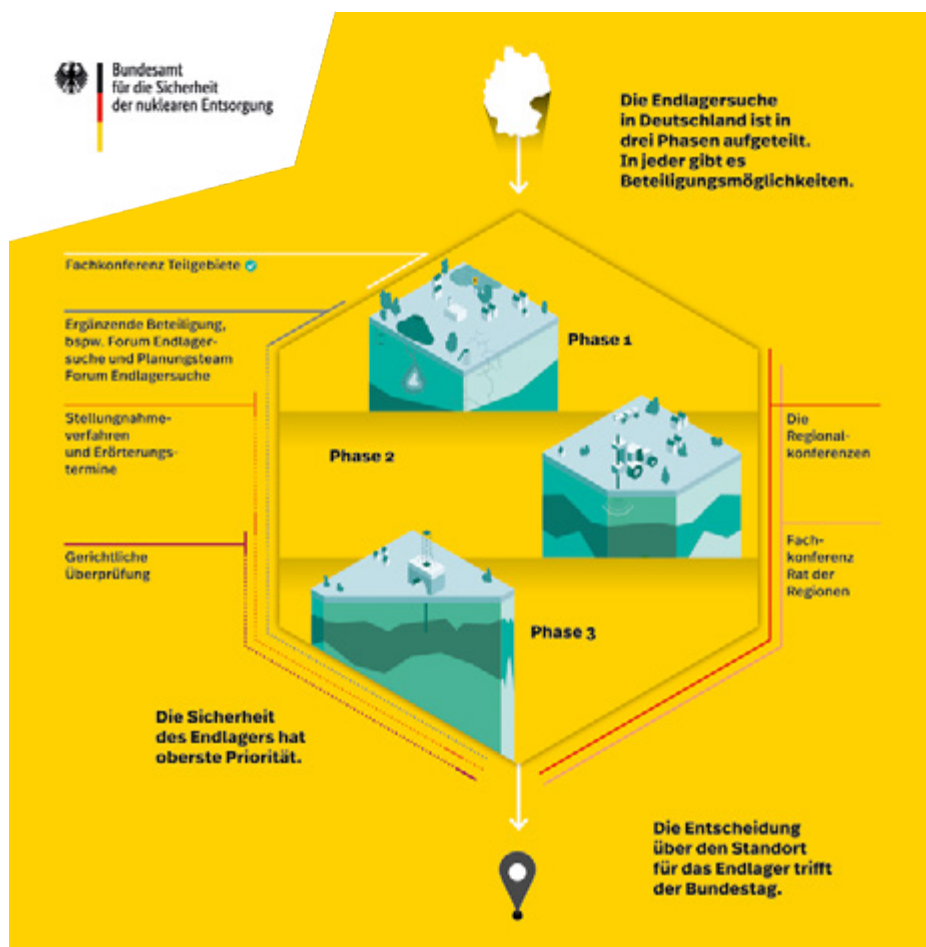
Information und Beteiligung der Kommunen

Um Kommunen über Neuigkeiten im Standortauswahlverfahren zu informieren, bereitet das BASE aktuelle Infobriefe und ausführlichere Infobroschüren auf und versendet sie kostenlos an Kommunen. Für Informationen vor Ort verleiht das BASE die Endlagerausstellung „suche:x“. Das Angebot vermittelt einen schnellen Überblick über alle relevanten Themen rund um die Endlagersuche und ist ebenfalls kostenfrei.

Das Info-Mobil des BASE ist bundesweit unterwegs. Hier können Interessierte mit BASE-Mitarbeiter:innen ins Gespräch kommen und sich über die Endlagersuche informieren.

Um junge Menschen über das Suchverfahren und die Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren, stellt das BASE Bildungsangebote und -materialien zur Verfügung.

Für Kommunen ist es wichtig zu wissen, wie sie sich einbringen können. Das zentrale Beteiligungsinstrument in den Stand-



Die drei Phasen der Endlagersuche in Deutschland

ortregionen werden die Regionalkonferenzen sein. Kommunale Vertreter:innen und Einwohner:innen der Standortregionen sind dazu eingeladen, sich in allen Gremien der Regionalkonferenzen zu beteiligen. Regionalkonferenzen bestehen aus einer Vollversammlung und einem Vertretungskreis. An der Vollversammlung können sämtliche Personen teilnehmen, die in der betreffenden Region oder einer unmittelbar angrenzenden Gebietskörperschaft gemeldet und mindestens 16 Jahre alt sind. Die Konferenzen erhalten eigene Geschäftsstellen, finanzielle Mittel und können wissenschaftliche Gutachten beauftragen. Sie begleiten das Verfahren über lange Zeiträume und haben das Recht, einmal pro Phase eine Nachprüfung zu fordern.

Übergeordnet bündelt der „Rat der Regionen“ die Interessen der beteiligten Regionen und schafft so eine gemeinsame Stimme gegenüber Bund und Behörden.

Darüber hinaus stehen Kommunen weitere Instrumente zur Verfügung: Sie können Stellungnahmen zu den Standortvorschlägen einreichen, die in Erörterungsterminen behandelt werden. Am Ende der Phasen II und III besteht zudem die Möglichkeit, das Verfahren gerichtlich überprüfen zu lassen.

Bald wird es konkret

In den kommenden Jahren werden in der Endlagersuche entscheidende Weichen gestellt. Wenn die BGE Ende 2027 ihren Vorschlag für Standortregionen vorlegt, wird sich abzeichnen, welche Regionen in die nächste Phase gehen. Für Kommunen bedeutet das: sich informieren und einbringen, Expertise nutzen – und die Interessen der eigenen Bürger:innen aktiv vertreten. Denn die Suche nach dem bestmöglichen Standort gelingt nur gemeinsam.

Sie erreichen Ihre Ansprechpersonen im BASE direkt unter:

kommunen@base.bund.de oder telefonisch unter 030 18 4321-7107/-7112.

www.base.bund.de



Autonomer ÖPNV als Chance zur flächendeckenden Mobilitätssicherung

Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland fühlt sich derzeit vom Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) „abgehängt“. Gleichzeitig fehlen bereits jetzt unter anderem rund 20.000 Busfahrer*innen. Und zusätzliche 30.000 Mitarbeiter*innen im Fahrdienst erreichen bis 2030 das Rentenalter. In Kombination mit stark gestiegenen und weiter steigenden Betriebs- und Investitionskosten steht der ÖPNV vor großen Herausforderungen.

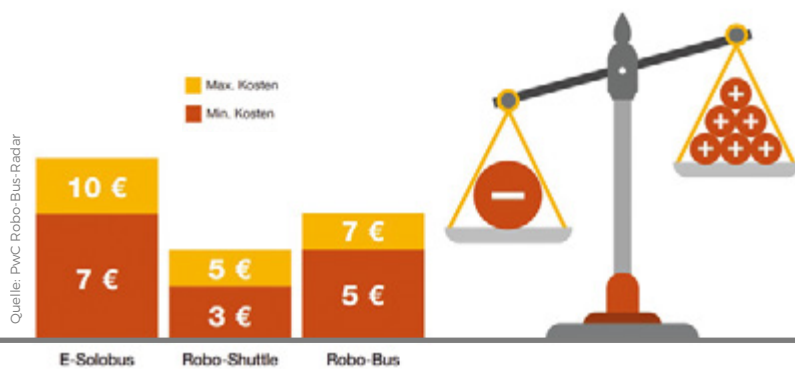
Autonomes Fahren als „Gamechanger“ im ÖPNV

Doch der kürzlich veröffentlichte 1. Robobusradar von PwC zeigt: Das vollautomatisierte bzw. autonome Fahren bietet

eine Antwort auf diese Herausforderungen. Es bietet eine Chance, das heutige Mobilitätsangebot zukünftig nicht nur zu sichern, sondern räumlich und zeitlich deutlich verbessern. So erscheinen autonome Flächenverkehre in ländlichen sowie Stadtrandgebieten realisierbar – und dies wirtschaftlich. Zwar stehen den entfallenden Fahrpersonalkosten erhöhte Kosten – zum Beispiel für die technische Aufsicht – gegenüber. Insgesamt sind beim Einsatz autonomer Fahrzeuge im Vergleich zum Betrieb mit herkömmlichen Fahrzeugen aber deutliche Kostenvorteile erreichbar, wie die Abbildung verdeutlicht. Im hochautomatisierten Regel-

betrieb ist zu erwarten, dass die Kosten von Robo-Fahrzeugen deutlich unter den Kosten von fahrerbedienten Fahrzeugen liegen werden. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Daseinsvorsorge geleistet werden, den die Bürger*innen unmittelbar spüren.

„Die Frage ist nicht mehr, ob der ÖPNV autonom wird – sondern wie schnell. Wer jetzt handelt, gestaltet die Mobilität von morgen.“



Kostensätze pro Kilometer für den vollautomatisierten Regelbetrieb im Jahr 2035



MAXIMILIAN ROHS
Director | Public Transport
Leader



GABRIEL FLORE
Manager PwC
Infrastructure & Mobility

Modellregionen zum autonomen Fahren

Bislang wurden in Deutschland bereits mehr als 50 Pilotprojekte zum autonomen ÖPNV erfolgreich abgeschlossen. Und aktuell laufen rund 15 Testprojekte, um wichtige Erfahrungen zum angestrebten Regelbetrieb zu sammeln. Damit einhergehend setzt sich die seit Mai 2025 amtierende Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag explizit das Ziel, Deutschland zum Leitmarkt für autonome Mobilität zu machen. Dazu will sie mit den Bundesländern Modellregionen entwickeln und finanzieren. Dabei sollte der Fokus nicht nur auf Großstädte und Metropolregionen gelegt werden. Mit Blick auf die großen Potenziale zur Verbesserung der Mobilität in ländlicher geprägten Räumen brauchen wir gerade auch dort Initiativen für Modellregionen mit starken Partnernetzwerken.

„Fahrplan“ zum autonomen ÖPNV

Die Einführung des autonomen ÖPNV wird aber nicht „von heute auf morgen“ erfolgen und erfordert eine große Kraftanstrengung aller Akteure im Mobilitätssektor. Auf dem Weg zum automatisierten ÖPNV sind viele Schritte zurückzulegen, die bereits jetzt angegangen werden sollten. Zu diesen Schritten gehört unter anderem die Definition des jeweils spezifischen Ökosystems zum autonomen Fahren, in dem die Rollen und Aufgaben festgelegt werden. Die damit einhergehenden strategischen Make-or-Buy-Entscheidungen beziehen sich beispielsweise darauf, wer die Fahrzeuge vorhält und betreibt sowie in welchem Zentralisierungsgrad die betriebliche und technische Aufsicht erfolgt. Damit einhergehend sollten auch frühzeitig die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen in Hinblick auf Investitions- und Zuschussbedarf – z. B. mit Tools wie dem „PwC Autonomous Mobility Calculator“ – detailliert abgeschätzt werden, um einen tragfähigen Business Case zu entwickeln. So können fundierte Aussagen zu einem langfristig finanzierbaren ÖPNV-Angebot bzw. Ausbaupotenzialen getroffen und eine stringente Strategie und Umsetzungsplanung entwickelt werden.

Insgesamt zeigt sich, dass autonome Busse und Shuttles keine ferne Vision mehr sind. Sie sind bereits in vielen Pilotprojekten auf der Straße angekommen und werden technisch wie organisatorisch sehr schnell weiterentwickelt. Die Frage ist nicht mehr, ob der ÖPNV hochautomatisiert wird, sondern wie schnell. Daher ist es empfehlenswert, die erforderlichen Schritte zur Gestaltung und Einführung eines autonomen ÖPNV möglichst frühzeitig anzugehen.

Weitere Informationen
www.pwc.de/Robobusradar



AUSBLICK 2026



➤ 21. JANUAR

**BREL-Zukunftsforum
Ländliche Entwicklung**
im Rahmen der Grünen Woche
in Berlin

➤ 2. MÄRZ

**Demokratieforum
Kommunalpolitik
der Körber-Stiftung**
in Berlin

➤ 10.-12. MÄRZ

mobility move:
Konferenz und Fach-
messe für den ÖPNV
in Berlin

➤ 25.-26. FEBRUAR

Handelsblatt GovTec Gipfel
in Berlin

➤ 3.-4. MÄRZ

Digitaler Staat
in Berlin

➤ 25.-26. MÄRZ

BREKO Fiberdays
in Frankfurt

➤ 4.-6. MAI

IFAT
in München

➤ 21.-22. MAI

**NJB-Jahreskonferenz
2026 in Berlin**

➤ 9.-10. JUNI

**Zukunfts-
kongress
Staat und
Verwaltung**
in Berlin

➤ 11. JUNI

**Creative
Bureaucracy
Festival**
in Berlin

➤ 7.-8. MAI

polis Convention
in Düsseldorf

➤ 23. MAI

**Der Ehrentag. Für dich.
Für uns. Für alle.**
Bundesweite Mitmachaktion

➤ 16.-18. SEPTEMBER

KGST-Forum 2026
in Leipzig

➤ 5.-7. OKTOBER

EXPO Real
in München

➤ 13.-15. OKTOBER

Smart Country Convention (SCCON)
in Berlin

➤ 18.-19. NOVEMBER

Messe Kommunal in Erfurt

➤ 24.-26. NOVEMBER

Heat EXP in Dortmund

ANZEIGE



Führungslücke? Stillstand?
Das kann sich der öffentliche Sektor nicht leisten.
Mit Interimsmanagement handlungsfähig bleiben.

zfm unterstützt als Personalberatung den öffentlichen Sektor seit über
30 Jahren bei der Besetzung von Fach- und Führungspositionen.

Mehr Infos



zfm-bonn.de



„Konsequente Digitalisierung ist im Public Sector ein Muss. Mit DATEV können wir alles rechtssicher umsetzen.“

Digitale Prozesse zu initiieren und auszubauen, ist eine der großen Herausforderungen im Public Sector – die leistungsstarke und rechtssichere Software von DATEV für Finanzwesen, Personalwesen und Verwaltungsprozesse unterstützt Sie zuverlässig bei Ihren Vorhaben. Das macht DATEV und die steuerlichen Berater zu den idealen Partnern an Ihrer Seite.



Mehr Informationen unter **go.datev.de/public-sector**

